

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
 { 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtsige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Nekrologen 30 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 24

Donnerstag, 29. Januar 1925

32. Jahrgang

An die Partei!

Parteilgenossen und -genossen!

Zum Kampf rufen wir Euch!

Trotz des republikanischen Wahlsieges, trotz des Aufstiegs der Sozialdemokratie haben die politischen Fasschmünger der Deutschen Volkspartei im Reich die Regierung des Rechtsblocks erschoben. Die Feinde der Republik, die Gegner der Politik der Völkerverständigung, die schärfsten Vertreter der sozialen Reaktion beherrschen jetzt die Reichsregierung. Schwereindustrie und Junkertum haben sich vereint, um die Lastenverteilung nach ihren Interessen zu regeln. Stillstand der Sozialpolitik, Kampf gegen den Achtstundentag, Teuerung durch Eisenzol und Brotwucher, Massenbelastung statt Besteuern — das ist das wahre Programm der Reichsregierung. Deshalb mußte die Sozialdemokratie unter allen Umständen aus der Regierung ferngehalten werden. Jetzt gehen die Reaktionen daran, ihr Werk zu vollenden. Sie haben

in Preußen das Ministerium Braun gestürzt.

Zum festen Bollwerk der deutschen Republik hat unser Severing das preußische Innenministerium gemacht. An ihm zerstückelte der Ansturm der monarchistischen Diktaturpartei wie der kommunistischen Putschisten. In dieses Bollwerk wollen jetzt die deutschnationalen eindringen und die Volksparteiler halten ihnen die Sturmleiter. Sie haben das Reich. Sie haben Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig. Sie wollen jetzt Preußen. Ein eiserner Keil soll atemraubend die junge deutsche Republik umschneiden.

Die Reaktionen wissen, was sie wollen! Es gilt, in Preußen den alten Kastenstaat wiederherzustellen,

die alte Junkerherrschaft

wieder aufzurichten. Sie wollen die Herrschaft über die Verwaltung und damit über die Staatsmacht. Keine Arbeiter und Angestellten, keine Republikaner mehr in der Verwaltung! Kein Beamter, kein Richter, der nicht der konservativen Parteiordner pariert! Im Reich die Verfügungsgehalt der Reaktionen über Steuern, Zölle, Arbeitslohn und Arbeitszeit — in den Ländern uneingeschränkte Herrschaft über die Verwaltung. Dann ist die Republik ihres politischen und sozialen Inhalts beraubt. Die alte Klassenherrschaft ist wieder da und die erste Stufe auf dem Weg zur Monarchie erreicht.

Parteilgenossen! Eins dürft Ihr nicht vergessen! Nie wäre den Reaktionen der Angriff im Reich, der Sturz von Braun und Severing in Preußen gelungen ohne die aktive Unterstützung der Kommunisten. Die Macht der Rechten war geschwächt durch die Stimmen der Kommunisten; nur mit ihnen verfügte sie über die Mehrheit. Der angebliche Vortrupp des revolutionären Proletariats ist zum wirklichen Vortrupp des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, zum Sturmtrupp der deutschnationalen und der Volkspartei geworden. Am Schluß der Landtagsprüfung, in der Severing fiel, verankerten die Kommunisten nach Indianerart ihren Kriegszug. Wiltliche und deutschnationale höchsten Beifall. Sie wußten warum.

Jede kommunistische Stimme konnte als deutschnationale gezählt werden!

Säßen an Stelle der Kommunisten sozialdemokratische Arbeitervertreter, nie hätte die Reaktion diesen Sieg errungen, nie hätte man wagen dürfen, die Ausschaltung der arbeitenden Klassen aus Reichspolitik und Staatsverwaltung als Ziel zu verkünden. Als stempellose Helfershelfer der schlimmsten Arbeiterfeinde, als Wegbereiter der Monarchisten und Nationalisten sind die Kommunisten entlarvt. Vergesst es nicht und handelt danach!

Parteilgenossinnen und Genossen! Fürchtbar ernst ist die Situation. Das Vertrauen, das die von uns unterstützte Außenpolitik des Reichskanzlers Marx Deutschland erworben hatte, ist verendet. Schwere Wolken haben sich zusammen. Die Wirtschaftsverhandlungen stöden. Die Räumung der Röhner Zone ist hinausgeschoben. Die Befreiung von Ruhr und Rhein droht sich zu verzögern. Der dringend notwendige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird aus Angst vor den Nationalisten unterlassen.

In der Innenpolitik stehen der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevor. In den Vordergrund stellen wir den

Kampf um den Achtstundentag!

Wir fordern die Ratifikation des Abkommens von Washington und ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag wiederherstellt.

Die Neuordnung der Finanzen ist unaufschiebbar. Der fortschreitende Abbau der Besteuern durch den Finanzminister Luther kündigte bereits die Absichten des Reichskanzlers an. Um eine gerechte Steuerverteilung werden wir ringen müssen, wenn die Lage der arbeitenden Klassen nicht weitere Verschlechterung erfahren soll. Eine Lösung der Aufwertungsfrage, die den armen Expropriierten Hilfe bringt, wollen Landbund und Reichsverband der Industrie, die Geldgeber und Herren der Rechtsparteien, verhindern. Die deutschnationalen Wahlversprechungen werden sich bald als demagogischer Volksbetrug entküllen. Großkapital und Großgrundbesitz rüsten zum neuen Beutezug. Eisen- und Getreidezölle sollen den Schwerindustriellen und Junkern Extraprofite und erhöhte Rente schaffen auf Kosten der arbeitenden Klassen, zum Schaden unserer Textil- und Exportindustrie und unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Parteilgenossen! Die letzten Entscheidungen hängen ab von den Machtverschiebungen im Volk, von dem Willen der Wähler. Wir Sozialdemokraten müssen stärker werden, der Aufstieg der letzten Wahlen muß fortgesetzt und beschleunigt werden!

Eine Flut von Verleumdungen und Verdächtigungen

hat schon die letzte Wahl gebracht. Es war vergebens. Eine neue Schlammschlacht wälzt sich jetzt heran. Laßt Euch nicht verwirren! Das Spiel ist durchsichtig genug. Aber Ihr kennt Eure Feinde und je mehr sie verleumden, desto fester werdet Ihr zu Eurer Partei stehen!

Erstarken müssen wir! Wenn wir schwach sind, dann treten sie Euch; wenn wir stark sind, dann beugen sie sich. 26 Prozent der Wähler haben bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie gestimmt, 9 Prozent für die Kommunisten. Verlorene Stimmen der Arbeiterklasse! Die gilt es wieder zu holen.

Die Selbstenttarnung der Kommunisten

muß jedem Sozialdemokraten Ansporn sein, in Werkstatt und Betrieb zum Agitator für die Partei zu werden. Im Ringen um die Seele jedes einzelnen Klassenossen muß die Sozialdemokratie die weichen, demokratischen, kommunistischen Haufen zur Auflösung bringen. Sie muß die Einheit der Arbeiterbewegung unter ihrem Banner verwirklichen. Doch täuschen wir uns nicht! Hunderttausende, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage zu uns gehören, haben in der Zeit der Inflationsnot verzweifelt und hoffnungslos der Reaktion ihre Stimme gegeben. Auch sie müssen gewonnen werden für das kämpfende Heer der Sozialdemokratie! Das erfordert, daß jeder, der den Kampf um die Republik, den Kampf um den Achtstundentag, den Kampf um unsere großen Ziele wirklich führen will, als zuverlässiger Mitkämpfer in unsere Organisation eintritt und Leser der sozialdemokratischen Zeitung wird. Fernt vom Gegner! Das Großkapital hat seine Inflationsgewinne nicht zuletzt dazu benutzt, die Presse sich heimtätig zu machen. Wollt Ihr den Kampf siegreich führen, dann müßt Ihr dafür sorgen, daß der Presse des Großkapitals und des Landbundes

die sozialdemokratische Presse als ebenbürtige Macht gegenübersteht. Deshalb mit aller Kraft an die Arbeit zur Stärkung der Organisation, zur Stärkung unserer Presse!

Parteilgenossen und -genossinnen! Schwere Gefahren drohen der Republik, den politischen Rechten und den sozialen Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Aber noch hat die Reaktion ihre Stellung nicht befestigt, hat sie die Staatsmacht nicht sicher in Händen. Wir dürfen ihr nicht Zeit zur Sammlung und Festigung geben! Die Sozialdemokratie hat gegen die Rechtsregierung den schärfsten Kampf aufgenommen. Sie wird ihn zu führen wissen. Aber die letzte Entscheidung liegt bei Euch, den republikanischen Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

An Euch ergeht unser Kampfruf! An die politische, an die organisatorische Arbeit!

Berlin, 27. Januar 1925.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der deutsche Reichshaushalt.

Schließens erste Rede.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Mittwoch vormittag die Beratung der beiden Entwürfe des Reichshaushalts für die Jahre 1924 und 1925. Dabei gab Reichsfinanzminister v. Schlieffen ein allgemeines Bild von der Lage der Reichsfinanzen. Das Aufkommen aus Zöllen und Steuern hat

in den Monaten April bis Dezember rund 5293 Millionen Mark betragen und damit den Voranschlag für das ganze Jahr um 50 Millionen überschritten.

Gegenüber dem Voranschlag für die neun Monate ergibt sich sogar ein Bruttoüberschuß von 1360 Millionen Mark, das sind monatlich rund 150 Millionen Mark mehr als ange schlagen war. Von den 1360 Millionen sind 500 den Ländern und Gemeinden zugeflossen, dem Reich ist ein Ueberschuß von rund 860 Millionen verblieben. An außerordentlichen Einnahmen sind dem Reich in diesen neun Monaten weitere 325 Millionen zugeflossen und zwar 125 Millionen aus der Rentenmündsprägung, 200 Millionen aus der Silbermündsprägung. Insgesamt erzielte das Reich damit 1200 Millionen Mark Mehreinnahmen. Da der Voranschlag für 1924 einen Fehlbetrag von 348 Millionen Mark enthielt, für neun Monate also 260 Millionen, verbleibt dem Reich bis jetzt ein Reineüberschuß von 940 Millionen Mark.

Von diesem Ueberschuß sind Verpflichtungen des Reiches, deren Höhe noch um etwa 140 Millionen höher ist als der Ueberschuß, erledigt worden. Insbesondere ist der Ueberschuß verwendet worden zum Rückkauf von Goldanleihe, zur Abdeckung von Verpflichtungen gegenüber der Reichsbank, zur Entschädigung der Länder und Gemeinden für Leistungen aus dem Friedensvertrage, dem passiven Widerstand, eine besondere Abfindung an Preußen für den Verlust von Staatseigentum durch den Friedensschluß.

Das Haushaltsjahr 1924 wird am 31. März 1925 ohne Fehlbetrag abschließen. Darüber hinaus wird das Reich einen Betriebsfonds der Reichshauptkasse von 140—200 Millionen Mark zur Verfügung haben. Vor dem Kriege hatte das Reich einen Betriebsfonds von 600 Millionen Mark. Dieser Fonds selbst wird stark belastet werden, wenn die Reichsregierung zu vierteljährlichen Steuererhöhungen übergeht.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen streifte der Finanzminister die Beamten- und die Aufwertungsfrage. Ueber die gesamte Entwicklung der Beamtenbesoldung ist dem Reichstag eine Denkschrift zugegangen. Außerdem kündigte der Minister eine zweite Änderung der Personalabbau-Verordnung an. Die Anwendung der Abbau-Artikel soll beschränkt werden. Für die Angestellten und Arbeiter des Reiches werden die Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes wiederhergestellt. Zur Aufwertung erklärte der Minister, daß das Leistungsvermögen der Wirtschaft die natürliche Grenze für jede Aufwertung bilde und daß das Wohl des Volksganges vorangehen müsse. Auch hier kündigte er einen Gesetzentwurf an, der eine endgültige Regelung bringen soll. Eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen sei für die ursprünglichen Zeichner, soweit die sich in einer Kollage befinden, vorgesehen. Die spekulativ erworbene Anleihe könne keine Aufwertung erfahren.

Für die Entwicklung der Reichseinnahmen und die Deckung der Ausgaben seien entscheidend die künftige Steuererhebung, das tatsächliche Aufkommen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und schließlich der Finanzausgleich. In den nächsten Tagen sei die Entscheidung der Reichsregierung über die neuen Steuererhöhungen zu erwarten, deren Aufgabe ein Abbau der Steuern sei. Eine Steuerquelle erblickt der Finanzminister in der Erhöhung gewisser Verbrauchsabgaben. Daneben sei bei Besserung der Wirtschaft ein Ansteigen der Steuererträge zu erwarten. Der Gesamtbeitrag der künftigen Steuererträge wird auf 6 Milliarden geschätzt, davon sind 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden. Von den dem Reich verbleibenden 4 Milliarden sind die Reparationslasten zu decken, die bereits im Jahre 1926 insgesamt 1400 Millionen Mark erfordern.

Die fortdauernden Ausgaben des Reiches für seine laufenden Verwaltungen legt der Minister auf 2500 bis 2700 Millionen Mark jährlich, abgesehen von unerwarteten Neuanschlägen, an, dazu kommen die außerordentlichen Ausgaben für die Pensionen an Kriegsteilnehmer und Kriegsschadigte. Der Gesamtbedarf des Reiches, einschließlich der Ausgaben für Reparationszwecke, wird sich zwischen 4 Milliarden im Jahre 1925 und 4,9 Milliarden im Jahre 1930 bewegen.

Bei der Aussprache verlangte Genosse Hermann Müller, daß dem Reichstage volle Auskunft über die noch für Rhein und Ruhr laufenden Ausgaben in Höhe von 600 Millionen Goldmark gegeben werden. Abgeordneter Hergt (Dtn.) stellte eine Ueberschau des Steuersystems fest. Staatssekretär Dr. Popitz teilte mit, daß im Oktober die Gesamteinnahmen des Reiches 686 Millionen gebracht haben, im November 672 und im Dezember 635 Millionen. Die Umsatzsteuer brachte im Oktober 197 Millionen, im November 153 Millionen und im Dezember 140 Millionen. Bei der Lohnsteuer sei die Ermäßigung der Steuerfüße durch das Steigen der Gehälter und Löhne ausgeschlossen; dagegen sei bei der eigentlichen Einkommensteuer infolge der Mißerdingen und Stundungen für die Landwirtschaft die Einnahme zurückgegangen.

Am Schluß der Aussprache, an der sich noch die Abgeordneten Erping (3), Höller (Kom.), Dietrich (Dtn.), Dr. Cremer (Wp.) und Reich (Wp.) beteiligten, stellte Genosse Hermann Müller die Frage, ob es richtig sei, daß die ganze Aktion zur Entschädigung der Ruhrindustrien nicht nur keine gesetzliche Grundlage habe, sondern lediglich auf einem Briefe beruhe, den der damalige Reichskanzler Stresemann am 13. November 1923 an die Ruhr-Industriellen geschrieben habe und der verfaßt worden sein soll, ohne daß der damalige Finanzminister davon Kenntnis hatte. Darauf brachte Genosse Müller den am Dienstag an den Reichskanzler gerichteten Brief in dieser Angelegenheit zur Sprache. Die darin aufgeworfenen Fragen sollen am Donnerstag im Haushaltsausschuß eingehend behandelt und von der Regierung beantwortet werden.

Schon wieder ein Finanzskandal.

Alle Beamte und alle Offiziere.

Berlin, 29. Januar. (Radio.)

Der Direktor der preussischen Landesversicherungsanstalt, Berlin, der Geheimrat Neuhoff, ein seit Jahrzehnten im preussischen Staatsdienst stehender Beamter, ist plötzlich unter Verzicht auf Pension und alle sonstigen ihm zustehenden Rechten aus seinem Amte ausgeschieden. Ueber die Gründe für diesen Ansehen erregenden Vorfall weis das Berliner Tageblatt zu berichten, daß Geheimrat Neuhoff Geschäfte gemacht hat, die mit den eigentlichen Aufgaben der Bank, der Vergabe von Geldern gegen erbstliche Hypothekendarstellungen, nichts zu tun hatten, vielmehr ein erhebliches Risiko in sich bargen und mit einem großen Verlust abgegangen sind.

Zu diesen Geschäften soll er von einem Konsortium ehemaliger, zum Teil aus Weiskreisen stammender Offiziere verwickelt worden sein. Diesen habe er für zweifelhafte Grundstücksverhältnisse unter Verletzung seiner Geschäftsvorschriften und Ueberschreitung seiner Befugnisse bedeutende Summen der Landesversicherungsanstalt als Mitbeteiligte werden u. a. die ehemaligen Offiziere von Stieglitz und von Eghorf genannt. Der Schaden, der aus diesen Geschäften heraus entstanden ist, soll sich auf 3 bis 5 Millionen Mark belaufen.

*

Immer deutlicher wird es, weshalb die Rechtspreffe fortwährend Barakat schreit. Der Barakatkreis ist nur ein kleiner Teil des ungeheuren Korruptionsumpfes, der täglich neue Opfer fordert, und der im innersten Wesen eine geradezu katastrophale Krise der altpreuussischen Beamten und der mit ihnen verflochtenen Kreise darstellt. Wegen Platzmangels können wir heute ausführlichere Darstellungen nicht geben. Wir werden in den nächsten Tagen alles nachholen, den Spieß umdrehen und der richtigen Kräfte die richtige Schelle umhängen.

Die Preussentrife.

Die Wahl des Ministerpräsidenten verlagert.

Berlin, 29. Januar. (Radio.)

Heute vormittag trat die Fraktion des Preussischen Landtages zusammen, um sich über die auf Freitag festgesetzte Neuwahl des Ministerpräsidenten schuldig zu werden. Doch scheint es am Freitag zu einer Wahl noch nicht zu kommen. Die Rechtsparteien, die mit Hilfe der Kommunisten die Krise heraufbeschworen haben, sind jetzt für eine Verschiebung der Wahl, ansetzeln und in der Zwischenzeit noch ausgiebig küßhandeln zu können. Da das Zentrum bereit zu sein scheint, ihrem Wunsche nachzukommen, wird die Wahl des Ministerpräsidenten voraussichtlich erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Die „Bolsche Zeitung“ will wissen, daß das Zentrum sich in seiner heutigen Sitzung dahin einigt, an der Weimarer Koalition festzuhalten, jedoch unter einem Zentrumsmann als Ministerpräsidenten.

Der Schurkenreich der Kommunisten.

Schlimmer als die Hakenkreuzler.

Was Berlin wird uns geschrieben:

Die Kundgebung im Berliner Sportpalast trieb, gewaltig, wie nur irgend eine Demonstration der Sozialdemokratie in den letzten Jahren, 70 unter den Beteiligten alles mit sich fort, was noch einen Funken Liebe für die Sache der Arbeiterbewegung in sich führt. Begeisterung, Kampfesmut, Entschlossenheit auf allen Gesichtern, in der reichen unübersehbaren Menge, die den Sportpalast von unten bis hinauf in die Ränge füllte. Mit brausendem Beifall wurden die Redner wie Breitshheid, Müller-Franken, Otto Braun, Crispian empfangen; brausender Beifall durchtoste den Raum, als die Kundgebung unter dem Gesang der Internationalen schloß.

Aber neben der Begeisterung war noch ein Gefühl in den Herzen der Massen lebendig, das Gefühl der Empörung und Wut über die kommunistischen Kanakillen, die systematisch es immer und immer wieder probieren, die Kundgebung in eine ungeheure Massenplünderung zu verwandeln. Wiederholt gab es Augenblicke, wo Selbstbeherrschung und Mut miteinander rangen und alles sozusagen auf des Meisters Schneide stand. Hätten die kommunistischen Lumpen und Strolche — anders kann man diese verheerlichen Söldnertruppen nicht bezeichnen — Erfolg gehabt, so wäre ein Blutbad angerichtet worden. Was dem Lumpengefindel während der Kundgebung weber drinnen im Sportpalast noch vor dessen Türen gelang, das wollten sie mit aller Gewalt beim Abmarsch der Arbeitermassen durch die Potsdamer Straße erzwingen. Mit Messern und Schlagring stürzten sie sich auf abgehende Reichsbannertruppen bzw. Arbeitergruppen, und nur die Kaltblütigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter, die es nicht zum Gaudium der Rechtsparteien zu einem Straßenkampf kommen lassen wollten, verhinderte den schier unvermeidlichen blutigen Zusammenstoß. Was dem Moskauer Mob nun auch in der Potsdamer Straße nicht gelungen war, das wollten die Feiglinge in anderen Stadtteilen zu später Stunde nachholen. So überfiel eine kommunistische Schwabhandel eine kleine Reichsbannergruppe in der Lindenstraße in der Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes und richtete einen Teil der ruhig Dahingehenden mit Messern und Mordinstrumenten übel zu.

So tief ist die kommunistische Partei bereits gesunken, daß sie sich nicht nur gegen, sondern gegen die Regierungen in den Sattel zu heben — nein, sie hegt auch ihren Anhang noch auf, die sozialdemokratischen Kundgebungen in blutige Krawalle zu verwandeln. Aber die Moskauer sollen sich lächerlich. Wenn sie lästern wieder einmal ähnliche Pöbelspektakel probieren, wird ihnen heimgeleitet werden, daß ihnen Hören und Sehen vergehen wird. Schon jetzt aber gilt es, daß in allen Betrieben, Werkstätten, auf allen Arbeitsplätzen den Arbeitern die Augen über das schamlose Treiben der bolschewistischen Strolche geöffnet werden.

Wertwürdige Ehrbegriffe eines altpreussischen Offiziers.

Wie Wälden hat doch bessere Menschen.

Eine interessante Feststellung ergab sich in einem Beleidigungsprozeß, der am Montag vor dem Schöffengericht Hanau zur Verhandlung kam. Genosse Kautner hatte den verantwortlichen Redakteur eines inzwischen eingegangenen bolschewistischen Blattes, den Major v. Kulp, wegen Abler Rede und Verleumdung verklagt. Vor Gericht erschien aber noch ein zweiter Angeklagter, der bolschewistische Agitator Wälden — vor kurzem noch radikaler Kommunist — als Beschützer des Artikels. Es stellte sich heraus, daß Major v. Kulp als verantwortlicher Redakteur den Namen des Verfassers dem Ge-

Großer Tag in der französischen Kammer.

Herriots außenpolitisches Programm.

Scharfe Worte gegen Deutschland.

SPD. Paris, 28. Januar. (Fig. Drahtber.)

In der französischen Kammer zitierte am Mittwoch der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, sein altes Stiefkind, die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden. Die gesamten französischen Schulden einschließlich der bis zum Beginn des Jahres angefallenen Zinsen beliefen sich auf 14,3 Milliarden Goldmark an die Vereinigten Staaten und 12,5 Milliarden Goldmark an England.

Frankreich habe damit eine Auslandsschuld von 26,8 Milliarden, während die Zahlungen, die es aus dem Dawesplan zu erwarten habe, einen Gegenwert von höchstens 15 Milliarden Goldmark darstellten.

Es sei ein völlig unerträglicher Gedanke, daß Amerika und England von Frankreich die Rückzahlungen in solcher Höhe verlangten, während sie selbst Frankreich gezwungen hätten, auf den weitaus größten Teil seines Guthabens an Deutschland zu verzichten.

Auf den gegen die Regierung gerichteten Vorwurf, daß sie ihrer Verbindlichkeitspflicht die Interessen Frankreichs geopfert habe, erwiderte Herriot in starker Erregung, daß er sich bei der Übernahme der Regierung einer Situation gegenüber befunden habe, die nicht er geschaffen habe, da der Dawesplan bereits vom Ministerium Poincaré „ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken“ angenommen worden sei. Rühmende Zwischenrufe der Rechten brachte Herriot durch den Nachweis zum Schweigen, daß das Kabinett nicht einmal so viel eingebracht habe, als Frankreich durch deutsche Sachlieferungen in einem einzigen Jahre hätte erhalten können.

Frankreich habe von der Möglichkeit, jährlich für etwa 900 Millionen Naturalieferungen zu erhalten, keinen Gebrauch gemacht, weil Industrie und Handel sich geweigert hätten, Wiederanbaumaterial in Deutschland zu bestellen.

Für die Behauptung, daß Deutschland doch nicht gesteuert hätte, siehe jeder Beweis. Man habe von Deutschland jedenfalls Lieferungen nicht erwarten können, solange von französischer Seite keine Bestellungen erfolgt seien. Die angeforderten Kohlen- und Kokslieferungen seien von Deutschland in befriedigender Weise ausgeführt worden. Frankreich habe wählen müssen zwischen dem Besitz des Ruhrgebietes und dem Dawesplan; beides zusammen sei nicht möglich gewesen. Das Parlament habe die von der Regierung getroffene Wahl mit großer Mehrheit gebilligt.

In der Nachmittagsitzung ergriff nach einem neuen Plädoyer des Abg. Fould zum Gunsten der Gestandtschaft beim Vizepräsidenten Herriot das Wort zu seinen bereits seit einer Woche angekündigten Ausführungen über die auswärtige Politik. Er sprach zunächst über das

Protokoll von Genf.

Das Problem der Sicherung des Friedens habe zwar in Genf noch keine endgültige Lösung gefunden, aber niemals zuvor sei ein wichtiger und entscheidender Schritt zur Befriedung der Welt getan worden. Gerechtigkeit, Sicherheit und Abwehrlung seien die drei Pfeiler, auf denen das zu errichtende Gebäude nach den von Frankreich vertretenen und von den anderen Mächten angenommenen Grundrissen ruhen soll. Die französische Regierung habe als erste dieses Protokoll unterzeichnet und sie hoffe, daß das Parlament in Erwartung der Zustimmung der anderen Nationen es ratifizieren werde.

Herriot erklärte sodann, daß das Protokoll von Genf erst in Kraft treten werde, wenn eine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung erzielt worden sei. Ueber die Haltung, die die französische Regierung Deutschland gegenüber eingenommen habe, seien zahlreiche Irrtümer verbreitet. In der

Frage von Köln

habe die Regierung in vollem Einvernehmen mit den Alliierten gehandelt, und er sei in der glücklichen Lage, die Kammer verichern zu können, daß

die Freundschaft zwischen Frankreich und England

niemals so herzlich gewesen sei als gegenwärtig. Das habe die Haltung Frankreichs in der

Frage der Räumung von Köln

wesentlich erleichtert. Die Generalinspektion der alliierten Kontrollkommission sei in den ersten Wochen auf die gleichen Schwierigkeiten gestoßen wie früher. Erst Ende Oktober sei eine Besserung eingetreten. Aber auch diese sei nur vorübergehend gewesen. Die wichtigsten und vielleicht auch die letzte Garantie, über die Frankreich für seine Sicherheit verfüge, sei seine Gegenwart am Rhein. Die Artikel 428 und 429 des Friedensvertrages, die die Besetzung des linken Rheinufers regeln, seien abgefaßt in der Annahme des definitiven Zustandes der von England und Amerika angelegten Garantieverträge. Frankreich habe den besten Willen, sein Wort zu halten und die von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, es glaube aber andererseits das Recht zu haben, von seinen Freunden und Alliierten Unterstützung zur Lösung der Sicherheitsfrage zu fordern. Die deutsche Regierung habe in ihrer Antwort auf die Note der Alliierten ausgeführt, daß man nicht behaupten könne, Deutschland habe die Vor-

richtig preisgegeben hatte, obwohl er von Mundhente ausdrücklich um Geheimhaltung gebeten worden war.

Der Nebenkläger wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das Verhalten des Major v. Kulp eine Schmach für den journalistischen Beruf sei. Major v. Kulp habe in äußerster Weise gegen das journalistische Berufsethos und die journalistische Standesethik verstoßen. Das sei um so auffälliger, als v. Kulp dem altpreuussischen Offizierskorps angehört habe, daß sich ihm besonders hohen Sinnes für Ehrbegriffe rühme. Der Rechtsanwalt des Majors verteidigte diesen mit seiner „Unerschrockenheit“, die er damit zu beweisen suchte, daß kein Allert vor kurzem den Offensbarschaft selbst geleistet habe. In der Sache endete die Verhandlung mit der Verteilung beider Verleumdung, die keinen Wahrheitsbeweis antraten und ihre Behauptungen zurüdnahmen, zu Geldstrafen von 250 und 230 Mark. Herr Mundhente hatte dabei beidermaßen Glück. Er war als kommunistischer Redakteur schon zweimal wegen Beleidigung verurteilt mit Gefängnis vorbestraft. Jetzt, im Rückfall, kam er trotz der Schwere und völligen Beweislosigkeit seiner Verleumdungen mit Geldstrafe davon. Natürlich hat diese Milde mit der inzwischen erfolgten Bekehrung Mundhentes zum bolschewistischen Standpunkt nichts zu tun.

Die Ränksucht der S. P. D.

Erst verleumdete, dann tückisch!

Der größte kommunistische Wahlschwindel, die Säge der „Roten Fahne“, Weis habe an den Wählern aus der Reichsliste 4 Millionen Mark zur Wahlpropaganda für unsere Partei erhalten, hat ein unermessliches Ende gefunden. Bekanntlich hatte Genosse Weis sofort nach Kenntnisnahme der Note in der „Roten Fahne“ gegen den verantwortlichen Redakteur Dörff Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Dörff hat, indem er behauptete,

ausführungen der Artikel 428 und 429 des Friedensvertrages nicht erfüllt.

Die französische Regierung sei bereit zu einer Erörterung dieser Frage. Sie sei in der Lage, zu beweisen, daß die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages durch Deutschland noch nicht beendet sei. Deutschland habe die Verpflichtung gehabt, sein Heer auf 100 000 Mann herabzulassen, den Generalstab aufzulösen, das überflüssige Kriegsmaterial zu zerstören, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben und die Besetzung des Reiches mit dem Deutschland im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Demgegenüber stehe fest, daß die deutsche Armee wiederholt zahlreiche Freiwillige eingestellt und

das Krümpersystem wiederhergestellt

habe. Auf diese Weise habe sich Deutschland mehrere Reservejahrgänge herangebildet. Insbesondere seien zahlreiche Studenten als Freiwillige in die Reichswehr eingestellt und erst entlassen worden, als die Kontrollkommission ihre Tätigkeit wieder aufnahm.

Paris, 29. Januar. (Radio.)

Im weiteren Verlauf seiner großen außenpolitischen Rede führte Herriot aus:

Im Jahre 1913 habe Deutschland 50 000 Städtische und 27 000 staatliche Polizeibeamten gehabt. Die nach dem Kriege geschaffene Sicherheitspolizei sei eine vollkommen militärisch organisierte Streitmacht. Außerdem seien über die bewilligte Zahl von 150 000 Mann hinaus 30 000 Polizeibeamte in den Bureaus angestellt. Alles in allem sei nicht zu bezweifeln, daß Deutschland aus einer städtischen Polizei eine militärische gemacht habe. Die Abrüstung werde ein leeres Wort bleiben, solange nicht auch hier der deutsche Militarismus unterdrückt worden sei. Hier fand der Ministerpräsident

großen Beifall von der äußersten Linken bis zur Rechten.

Die Sitzung wird unterbrochen, um dem Ministerpräsidenten eine Erholungspause zu gönnen.

Nach der Pause spricht Herriot von dem in Deutschland aufgefundenen Kriegsmaterial und zählt mehrere Einzelfälle auf, wo den Entwaffnungsbestimmungen nicht nachgekommen sein soll, dabei ist von Interesse, daß

auch in den besetzten Kruppwerken nichts zur Entwaffnung geschähe.

Frankreich trete kein Wort des Hasses an, sondern es wolle nur seine Ruhe. Die Demokratie sei es, die schuldig, die Form des Imperialismus und des alten preussischen Militarismus zu bekämpfen.

Er glaube auch heute noch an das demokratische Deutschland. Die letzten Wahlen seien der beste Beweis dafür.

Vielleicht seien die Alliierten etwas zu leichtsinnig gewesen, als sie die Rückkehr des Kronprinzen

zu leicht nahmen. Die Völker hätten eine tiefe Empfindung für moralische Forderungen und finden es als unmoralisch, daß der Mann, der eine solche Mißthat an der Entstehung des Krieges trägt, das bequeme Leben eines Gentleman-Farmers führt, während vor einem Jahrhundert Napoleon auf einem einsamen Felsen habe sterben müssen. Die Alliierten müßten sich vorsetzen, daß in Bayern nicht einer von denen zur Macht zurückgelangt, die an dem Schrecken des Krieges die meiste Schuld haben. Der Ministerpräsident schloß seine lange Rede mit dem Bekenntnis, daß es der Wunsch seines Lebens sei,

eines Tages noch die Vereinigten Staaten von Europa erleben zu dürfen.

Ich bin bereit für den Frieden der Welt zu arbeiten, aber die Voraussetzung meiner Arbeit ist die Sicherheit meines Volkes. Am Schluß der Rede wurde dem Ministerpräsidenten lebhafter Beifall und eine große Ovation zuteil.

Der Eindruck der Rede.

Tadel beim nationalen Blok. — Ablehnung bei den Sozialisten.

Paris, 29. Januar. (Radio.)

Der Eindruck der großen außenpolitischen Rede Herriots läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Herriot hat dem billigen parlamentarischen Erfolg, die bisherigen Richtlinien seiner Außenpolitik zum Teil geopfert. Tatsächlich beteiligte sich an der Opposition, die ihm die Kammer bereitet, die gesamte Opposition, während ein großer Teil der Sozialisten sich in Schweigen hüllte. Heute morgen ist die ganze oppositionelle Presse, die Herriot jubelt wie einst Poincaré und Millerand. Selbst der Avenir Millerands ergeht sich in Lobeshymnen und stellt Herriot das Zeugnis aus, er habe als wahrer Patriot und nationaler Republikaner gesprochen.

Im Gegensatz hierzu verurteilt die Kommentare der Linksblätter eine große Verlegenheit. Sie beschränken sich darauf, in kurzen Auslassungen den parlamentarischen Erfolg des Ministerpräsidenten zu unterstreichen und den gegen Deutschland gerichteten Teil seiner Rede als eine Warnung an die Deutschnationalen zu bezeichnen. Demers hält sich immerhin verpflichtet, zu betonen, daß Herriot mit seinen Auslassungen keinesfalls beabsichtigt habe, die Richtung seiner Vorgänger einzuschlagen.

sein Name als Verantwortlicher hätte zu Unrecht noch unter der inkriminierten Nummer gestanden, in Wirklichkeit sei er schon aus der Redaktion ausgeschieden gewesen. Als dann ein von Dörff an Weis' Rechtsbeistand gerichteter Bescheid veröffentlicht wurde, in dem er sich sogar zu einer Erklärung bereit und selbst bezweifelte, daß der Nachweis für diesen größten aller kommunistischen Schwindel zu erbringen sei, wurde ihm von der kommunistischen Zentrale eingeholt, jedoch er mutig erklären mußte, die volle presserechtliche Verantwortung für alle jene Artikel der „Roten Fahne“, die während seiner Abwesenheit erschienen sind und die sich mit der Korruption und Käuflichkeit der S. P. D. befassen, zu übernehmen und bei jeder daraufhin angelegten Klage die „Rote Fahne“ vor Gericht zu vertreten.

Dieser Mut hielt aber nicht lange an. Er diente nur noch zur Auffrischung des Wahlschwindels für die Dezemberwahl, um bei den Wählern den Eindruck zu erwecken, als könnten die Kommunisten für ihre blöde Behauptung doch den Beweis erbringen. Sie hatten aber in Wirklichkeit garnicht die Absicht. Der Generalstaatsanwalt hat nämlich jetzt den Bescheid erteilt, daß Herr Dörff nicht zu fassen ist. Seine Erklärung, daß er die Verantwortung für alle jene Artikel übernimmt, die während seiner Abwesenheit in der Redaktion erschienen sind, ist so rabulistisch, daß auch daraufhin Herr Dörff nicht belangt werden kann. Einer erneuten Vernehmung hierüber aber — sagt der Staatsanwalt — hat sich der Beschuldigte fortgesetzt entziehen gewohnt. Die Strafverfolgung gegen sonstige Personen, die an seiner Stelle in Frage kommen, ist verzögert.

Das haben die kommunistischen Helden schon geschoben! Die Infamie mit diesem Schwindel haben sie für beide Wahlen benutzt. Nun aber haben sie kein Interesse mehr an der vor ihnen so heiß begehrten Feststellung der Wahrheit.

Die Schwurgerichte einft und jetzt.

Unter der Regierung Martz-Strejemann ist auch im Schwurgerichtsverfahren nach Ansicht der Richter eine erfreuliche Vereinfachung und Verbesserung erreicht worden. Wie diese „Vereinfachung“ aussieht, und wie sehr zu dem Nachteil der Angeklagten sich diese „Verbesserungen“ auswirken, soll einmal kurz besprochen werden.

Früher saßen die Geschworenen im Gerichtssaal getrennt von den Richtern; dazu war schon dokumentiert, daß sie in völliger Unabhängigkeit und frei nach menslichem Empfinden, nach bestem Wissen und Gewissen beurteilten und urteilten. Wenn nach dem Strafantrag des Staatsanwalts, dem eine Rede des Verteidigers des Angeklagten folgt, sich die Geschworenen zur Beratung zurückzogen, so hatten sie meist mehrere Schuldfragen zu bejahen oder zu verneinen; der Exzakt dieser Beratungen war dann die Grundlage für das Strafmaß des Gerichts. Die Geschworenen konnten daher unbeeinflusst leitens der Richter, nicht nur die juristischen und strafrechtlichen Wege gehen, sie beleuchteten und abwogen, sie konnten aber auch nebenbei einen ungetriebenen Blick in die Seele des Angeklagten werfen. Die Geschworenen, selbst Männer und Frauen, die zum größten Teil durch die Stürme des Lebens gewandelt, unterzogen sich der Pflicht, die geistlichen, seelischen und physischen Eigenschaften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des zu Beurteilenden mit klarem Blick zu erforschen. Man vergaß nicht zu ergründen, welche oft tragischen und trostlosen Verhältnisse und Umstände aus Grund der ganzen Erziehung und Umgebung, in der diese Menschen ohne Licht und Liebe aufwachsen und gedeihen müssen, mitspielen; auch bezüglich ihrer sonstigen Eigenheiten.

Und so wurden doch in vielen Fällen, besonders wenn man dem Angeklagten keine vorläufige, oder mit Überlegung ausgeführte Tat nachweisen konnte, ferner, wenn er als „wirklich reuiger Sünder“ auf der Anklagebank saß, mildernde Umstände zugebilligt. Aus der beantragten Zuchthausstrafe wurde dann meistens eine Gefängnisstrafe. Wie freute man sich dann, wenn dadurch ein auf die schiefste Ebene Gefommener wieder mit der Zeit zurückgeführt werden konnte in die menschliche Gesellschaft. — So war es einst.

Jetzt ist es anders. — Heute bilden 3 Richter und 6 Geschworene ein einheitliches Richterkollegium. Sie sitzen nicht nur zusammen am Richtertisch, sie beraten auch gemeinsam über die Art und Höhe des Strafmaßes. Einer der jüngeren Richter erläßt normalerweise von seinem „juristischen Gesichtspunkt“ aus die Tat des Angeklagten, und empfiehlt dann eine bestimmte Strafe. Fast immer hält man sich an den Strafantrag des Staatsanwalts.

Um nun bei irgend einem Fall, nach „menschlicher Ansicht“ mildernde Umstände durchzusehen, müssen hierfür von den vorhandenen 9 Richterstimmen 6, also zwei Drittel, zur Verfügung sein. Diese 6 Stimmen werden in 99 von 100 Fällen die Geschworenen aufbringen müssen. Da nun aber diese 6 selten unter einen Hut zu bringen sind und sich z. T. von den Berufsrichtern umstimmen lassen, so kann man sagen, daß die Laienrichter in ihrem Willen und Handeln sehr bedeutungslos geworden sind.

Es ist nun leider eine Tatsache, daß die Herren Berufsrichter zum allergrößten Teil auf Grund ihrer ganzen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Einstellung von ihrer Gesetzesbibel nicht hinwegkommen; ihnen das Verständnis fehlt, einen klaren, nüchternen Blick zu finden und zu verlegen, die Seele eines oft halbwahnsinnigen, einsamen und unglücklichen Menschen zu ergründen. Vor allen Dingen auch mal Mensch zu sein und nicht nur Richter. Über diese Herren kennen ja nicht die Schöle des Lebens, leider und nochmal leider.

Gerade die letzte Schwurgerichtsperiode hat die angeführten Mängel mit aller Klarheit gezeigt. Es ist nicht nötig, einen Spezialfall herauszugreifen; die aufmerksamsten Leser der letzten Schwurgerichtsberichte werden auch so wissen, was mir auf dem Herzen liegt und was ich sagen möchte.

Deshalb fort mit dieser „stürmischen Vereinfachung und Verbesserung“ im Schwurgerichtsverfahren; wir brauchen wieder einen größeren Einfluß der Laienrichter.

Sie bringen die nötigen Menschen- und Lebenserfahrungen mit; sie allein haben einen Einblick in die wirtschaftlichen und sonstigen Nöte und Sorgen der heutigen, trostlosen Zeit.

R.

Neugestaltung der Unfallversicherung.

In dem Gesamtbau der sozialen Versicherung nimmt die Unfallversicherung eine gewisse Ausnahmestellung ein. Im Gegensatz zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung vorerst nur nicht Personen, sondern Betriebe und Berufe. Ihre Versicherungsträger, die Berufsgenossenschaften, sind nicht nach räumlichen Gebieten, sondern in erster Linie nach Berufsgruppen abgegrenzt, die Verwaltung liegt fast ausschließlich in den Händen der Unternehmer usw. Diese Sonderbedingungen waren bisher der Haupthinderungsgrund einer Vereinheitlichung der sozialen Versicherung. Die neuere Gesetzgebung hat ganz schädliche Versuche gemacht, diese Sonderstellung der Unfallversicherung zu mildern. So müssen bei jeder Berufsgenossenschaft Einrichtungen getroffen werden, die sicherstellen, daß an der Feststellung der Leistungen namentlich der Renten, mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt wird usw. Das ist natürlich im höchsten Grade ungenügend. In Artikel 161 der Reichsverfassung heißt es, daß das Reich ein „umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten schafft, das sich auf „alle Wechselfälle des Lebens“ erstreckt, also auch auf die Einbeziehung der Gewerbekrankheiten und der Unfälle des täglichen Lebens. Jedenfalls ist die Unfallversicherung in der Anpassung an neuzeitliche sozialpolitische Auffassungen am weitesten zurückgeblieben.

Schon im Juli des vergangenen Jahres versprach der Reichsarbeitsminister einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Neuregelung des Unfallversicherungswesens bringen sollte. Inzwischen ist auch ein solcher ausgearbeitet und dem Reichsrat vorgelegt worden. Obgleich die Verhandlungen im Reichsrat vertraulich sind, haben doch einzelne bürgerliche Zeitungen so ausführliche Berichte über den Inhalt des Entwurfs gebracht, daß auch die Arbeiterschaft dazu Stellung nehmen kann und muß.

Zunächst ist festzustellen, daß der Entwurf berechtigten sozialpolitischen Forderungen nicht entfernt entspricht. Statt den Kreis der Versicherten auszudehnen auf alle jene Personen, die der Kranken- und Invalidenversicherung unterliegen, jedoch die Versicherungspflicht in den einzelnen Zweigen der Versicherung endlich einmal einheitlich abgegrenzt wird, kommt nur die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf eine kleine Anzahl weiterer Betriebe. Weiter will der Entwurf dem Reichsarbeitsminister die Möglichkeit geben, mit Einverständnis des Reichsrats zu bestimmen, daß die Berufsgenossenschaft die Entschädigungslast ganz oder teilweise gemeinsam tragen oder daß sie sich gegenseitig stützen oder unterstützen müssen. Abgesehen davon, daß eine Zulassung von Berufsgenossenschaften und ihre räumliche Aufteilung besser wäre, steht zu befürchten, daß die Vorschriften, wie so viele ähnliche im Gesetz, unbeachtet stehen wird.

Die Leistungen der Berufsgenossenschaften sollen erweitert werden. Anspruch auf Krankenhilfe soll auch dann gegeben sein, wenn eine Krankenversicherungspflicht des Verletzten nicht bestand. Warum erhalten aber die Berufsgenossenschaften nicht allgemein die Pflicht, finanziell die Krankenbehandlung vor Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall zu übernehmen? Die Kosten, die die Krankenkassen (und somit auch die Arbeitnehmer) aus der Fürsorge für Unfallverletzte während dieser Wartezeit zu befreiten haben, sind keine geringen. Eine Neuerung ist jedoch die „Berufsfürsorge“. Sie begreift die berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, soweit der Verletzte durch den Unfall in der Ausübung seines Berufes wesentlich beeinträchtigt ist. Außerdem soll Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle geleistet werden. Das ist ganz besonders wichtig, denn bekanntlich stand bisher die Unfallversicherung auf dem Standpunkt, daß es ihr absolut nichts angeht, ob ein Verletzter die Beschäftigung, die man ihm noch zumute, bestanden hat. Die Pflicht der Arbeitgeber, Verletzte mit vermindelter Arbeitsfähigkeit zu beschäftigen, muß noch viel stärker herausgearbeitet werden. Freilich wird man Vertrauen zur zweckmäßigen Durchführung der „Berufsfürsorge“ durch die Berufsgenossenschaften nur dann haben können, wenn in der Verwaltung die Berufsgenossenschaften nicht mehr der Herrenstandpunkt der Arbeitgeber so deutlich zum Durchbruch kommt und bei der Durchführung der Berufsfürsorge auch Arbeitnehmer beteiligt werden.

Besonderen Wert legt der Entwurf auf die Unfallversicherung und auf eine rasche wirksame erste Hilfe bei Unfällen. Bemerkenswert ist, daß die Anstellung der technischen Aufsichtsbeamten, welche die Betriebe zuzurechnen, nur mit Genehmigung des Reichsarbeitsamts erfolgen darf. Ihr Anstellungsverhältnis soll ein lebenslangliches mit Ruhegehalt usw. sein. Die Unternehmerpresse klagt, daß damit die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften beschränkt würde. Mag sein. Unbedingt notwendig ist aber die Unabhängigkeit und Sicherheit der Aufsichtsbeamten. Ist es doch schon vorgekommen, daß sie entlassen worden sind, wenn sie noch Rücksicht der Unternehmer zu „schroff“ gegen diese vorgingen.

Das Rentenwesen soll eine einschneidende Umgestaltung erfahren. Die kleinen Renten von weniger als 20 v. H. sollen gänzlich in Wegfall kommen. Da nur solche Erwerbsverminderungen berücksichtigt werden, die mindestens mit 20 v. H. bemessen werden, sollen die Verletzten, die nach den bisherigen Vorschriften eine Rente von 10 oder 15 v. H. erhalten, eine Abfindungssumme bekommen. Das bedeutet eine ganz gewaltige Entlastung der Berufsgenossenschaften, die auf etwa den letzten Teil der Friedensunfallrentenlast zu schätzen ist. Es ist schon immer das Betreiben der Unternehmer, namentlich der Agrarier, gewesen, die, wie sie sagten, „Schnapsrenten“ abzuschaffen. Bei Beratung der Reichsarbeitsamtsordnung wurde das noch abgewehrt. Glaubt man jetzt damit Glück zu haben? Durch die Abfindungszahlungen sollen die Ansprüche der Verletzten auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge nicht berührt werden. Ein sehr schwacher Trost, wenn man bedenkt, daß z. B. die weitesten meisten Fingerleistungen mit weniger als 20 v. H. Erwerbsbeschränkung abgeschätzt werden und nun leer ausgehen sollen.

An Stelle der alten Unfallrenten sollen solche treten, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen unter Berücksichtigung des Zulagewesens und unter Umstellung der alten Renten auf Goldmark. Die alten Renten aus früheren Jahren sollen aufgewertet werden und die Renten aus der Zeit nach 1909 erfahren eine Kürzung von 90 v. H. der Rente bis auf 10 v. H. der Rente im Jahre 1920. Hat sich der Unfall nach dem 31. Dezember 1920, aber vor dem 1. Juli 1924 ereignet, so gilt als Jahresarbeitsverdienst der Goldmarkbetrag, den gleichartig Berufstätige zur Zeit des Inkräftretens des Gesetzes durchschnittlich verdienen.

Am bedeutungsvollsten sind die Vorschläge über die Behandlung der zukünftigen Rentenberechnung, Verletzte, die durch den Unfall um 50 v. H. oder mehr in ihrer Erwerbsfähigkeit behindert sind, sollen eine Vollrente von sieben Zehntel des Jahresarbeitsverdienstes erhalten, statt bisher zwei Drittel. Die Verletzten, die weniger als 50 v. H. Erwerbsbeschränkung sind, erhalten nur fünf Zehntel des Jahresarbeitsverdienstes als Vollrente in Anrechnung gebracht. Damit werden die Schwerverletzten, das sind etwa 15 v. H. der Unfallrentner, um ein geringes besser gestellt, während der restliche Teil schlechter gestellt wird oder gar nichts mehr erhalten soll. In dieser Verhandlung der Unfallversicherung wird auch nicht viel dadurch geändert, daß den Verletzten, deren Rente wenigstens ein Drittel der Vollrente beträgt, für jedes eheliche Kind bis zur Vollenbung des 15. Lebensjahres eine Kinderzulage in Höhe von 10 v. H. der Rente gewährt wird. Damit wird eine neue Staffelung in den Rentenbezügen herbeigeführt. Eine kleine Verbesserung wird noch insofern vorgeschlagen, als nunmehr auch diejenigen Witwen Anspruch auf Rente haben sollen, die die Ehe erst nach dem Unfall geschlossen haben, wenn die Ehe mindestens drei Jahre vor dem Tode bestanden hat. Der Tod muß aber eine Unfallfolge sein! Die Renten der Hinterbliebenen dürfen zusammen den Jahresarbeitsverdienst des Verunglückten nicht übersteigen. (Bisher 60 v. H.)

Die wenigen Fortschritte haben die Verschlechterungen nicht auf. So wie der Entwurf jetzt aussieht, muß er abgelehnt werden. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Gesamtlage des deutschen Reiches ist nicht stichhaltig. Hat man schon wieder vergessen, was man während der ersten Kriegsjahre einsah, daß nämlich grundsätzliche Sozialpolitik ein Volk kräftigt und leistungsfähig macht. Und zwar nicht nur für niederreißende Kriegszwecke, sondern auch für den Wiederaufbau!

Der Prozeß Auers gegen die Münchener Quertreiber.

SPD. München, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Am Montag vormittag begann vor dem Amtsgericht München der Belästigungsprozeß des Genossen Auer gegen Winter, Kämpfer und Langwoß. Die beiden erstgenannten Angeklagten werden verteidigt von dem Rechtsanwalt Schmittberger, der letztere von Rechtsanwalt Theodor Liebschicht-Berlin, während dem Genossen Auer die Rechtsanwälte Pestalozza und Dr. Brandmeier zur Seite stehen.

Der Vorsitzende verlas zunächst die inkriminierte Flugchrift Winters im Wortlaut. Hieran erklärte Winter in kurzen Ausführungen, daß sein Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei auf Grund dieser Flugchrift als zu Unrecht erfolgt sei, da die sozialdemokratische Parteileitung in München bei der Untersuchung gegen das Verhalten Auers gar nicht ernst vorgegangen sei. Bis zum Beweise des Gegenteils könne er von dem Inhalt der Flugchrift nichts zurücknehmen. Kämpfer erklärte, daß er auf das energischste die Verbreitung der Flugchrift bekämpft habe und daß ihm in dieser Tätigkeit leider die Polizei in die Arme gefallen sei. Die Vorwürfe gegen Auer sagte er zusammen: Auer habe sich in der Stuppe während des Krieges durch Kontributionsgelder bei der französischen Bevölkerung beliebt und sei auf diese merkwürdige Art plötzlich zu Geld gekommen. Innerhalb der Partei arbeite er leiblich mit Beschöpfung und Verschöpfung von Woffen. Rechtsanwalt Liebschicht wies darauf hin, daß Auers Verbrechen im großen und ganzen dasselbe sei wie das Chetris, indem er sich in die Leitung des Munitionsarbeiterstreiks hineinstülpte zu dem alleinigen Zweck, diesen Streik abzumüllen. Genosse Auer machte dann eingehende Ausführungen über seinen Lebenslauf. Alle die Behauptungen über seinen Wohlstand, über die Kontributionsgelder und das Kaufen von Funktionären innerhalb der Partei gehörten ins Reich der Fiktion, sie seien lediglich erfunden, um ihn unmöglich zu machen. Zuletzt fragte noch der Vorsitzende den Genossen Auer, ob er irgendwelche Beziehungen zu Arco gehabt habe oder noch habe, worauf Auer erwiderte: „Ausgeschlossen!“

Am Dienstag vormittag nahm der Prozeß Auer gegen Winter und Genossen seinen Fortgang. Bis jetzt sind insgesamt 51 Zeugen geladen, darunter der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins München, ferner eine Reihe von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, der Chefredakteur des „Keriker“, Bayrischen Kurier“, Professor Döberl, der Redakteur des „Miesbacher Anzeiger“, Weger, der Wörder Eisners Graf Arco und eine Reihe sozialdemokratischer und kommunistischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter.

Das erste Verhör galt dem Parteivorstehenden Genossen Winter. Er gab zunächst Auskunft über unwesentliche Einzelheiten innerhalb der Münchener Parteioorganisation aus der Zeit der Augsburger Parteitage, als bereits bekannt war, daß Winter und Kämpfer Material gegen den Genossen Auer sammelten. Das damals von Winter vorgelegte Material wurde ordnungsgemäß von den Parteifunktionären und zuletzt von der Generalversammlung durchgesehen, wobei letztere mit allen gegen drei Stimmen unter Beigabe einer ausführlichen

Begründung erklärte, daß die gegen Auer erhobenen Vorwürfe haltlos seien.

R.-A. Brandmeier: „Auf welche Eigenschaften Auers führen Sie den Einfluß Auers in der Partei zurück? In der Broschüre wird dieser Einfluß auf die Verwandtschaft mit Janas Auer und auf seine Ellenbogen zurückgeführt.“ Zeuge Winter: „Ich bin erst seit 1919 mit den Persönlichkeiten in der Partei bekannt geworden, als ich damals zum Vorsitzenden der Münchener Partei gewählt wurde. Vorher war ich in den Gewerkschaften tätig. Ich habe sehr bald die Tätigkeit der einzelnen Genossen kennengelernt und habe aus dem Wirken Auers gesehen, daß er einer der rührigsten und tätigsten war und daß sein Einfluß in der Hauptsache auf dieses Wirken zurückzuführen ist. Seine Leistungsfähigkeit und seine Erfahrungen sichern ihm einen großen Einfluß. Ich habe nicht die Empfindung, daß er niemand neben sich hochkommen läßt.“ R.-A. Brandmeier: „In der Broschüre wird Auer auch freigeist beim Hitler-Putsch vorgeworfen.“ Zeuge: „Daran kann gar keine Rede sein. Ich war in der Putschnacht spät in der Wohnung Auers. Auer selber war nicht da, befand sich aber in München. Am nächsten Tage früh haben wir die notwendigen Maßnahmen im Interesse der Partei miteinander besprochen.“ Brandmeier: „In der Parteitreue auch die Meinung vertreten worden, die Sozialdemokratie hätte gegen den Hitlerputsch aktiv vorgehen sollen?“ Zeuge: „Solche Meinung wurde allerdings vertreten. Auer erklärte aber, nach Lage der Verhältnisse hätte das gar keinen Sinn, wenn ein Vorgehen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und zum Bürgerkrieg führen würde.“ R.-A. Pestalozza: „Welche Kreise vertreten denn dann Kämpfer und Winter in München, da der Antrag, das Ausschlußverfahren zu vertagen, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde?“ Zeuge Winter: „Wir wußten bis zum Erscheinen der Broschüre wohl, daß es in Sachen solche Fiktion gäbe, in München aber hatten wir bis dahin von einer SPD-Opposition nichts bemerkt.“ Auer: „Ich soll die Parteifunktionäre durch Darlehen gekauft haben.“ Winter: „In meiner fünfjährigen Tätigkeit ist mir davon nichts bekannt geworden, außer, daß ab und zu ein armer Teufel zu Auer gekommen ist, der ihm ausgeholfen hat, wenn er dazu in der Lage war.“ Angekl. Winter: „War es nicht ein Widerspruch, daß die Generalversammlung in der Blumenstraße-Affäre erklärte, die Handlungsweise Auers sei nicht politisch zu beurteilen, daß aber die Generalversammlung dann trotzdem die Geschäfte mißbilligte?“ Zeuge Winter: „Die Vorstandschaft verneinte damals, daß hier ein politisches Moment in Frage komme. Dann fragte sich die Vorstandschaft, wie die Tat menschlich zu beurteilen sei. Wir sagten uns, nach den Begleitumständen hätte Auer dies doch nicht tun sollen, und deshalb wurde die Handlung mißbilligt.“

Damit war das Verhör des Zeugen Winter beendet. Es folgte die Vernehmung des Zeugen Döberl, Sekretär des Sozialdemokratischen Vereins München. Auf die Frage, ob er wisse, daß Auer an Parteifunktionäre Geld gegeben habe, erklärte der Zeuge, wenn Leute, nicht nur Parteifunktionäre, in Not gekommen waren, sind sie zu Auer gegangen. Daß Auer an Parteifunktionäre Geld gegeben hat, um sie gegügig zu machen, ist ausgeschlossen.“ Die Verhandlung dauert fort.

Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt in der Welfenpartei.

Das Großhagerium sagt.

SPD. Hannover, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Das Direktorium der Deutschhannoverschen Partei hat den bekannten hannoverschen Politiker und langjährigen Parlamentarier Heinrich Langwoß aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Beschluß ist vom Zentralvorstand der Partei bekräftigt worden. Dieser Ausschluß bildet den Abschluß eines inneren Kampfes, der in den letzten Jahren und mit besonderer Schärfe in den letzten Monaten zwischen den beiden Richtungen geführt wurde, die in der Deutschhannoverschen Partei um die Macht ringen. Es handelt sich um unüberbrückbare Gegenstände zwischen der Richtung, von der ein hannoverscher Abtiter die Bezeichnung „gelb-weiß-ladierte Deutschnationalen“ prägte und der alten deutschhannoverschen Richtung, die sich mit einem gewissen demokratischen Einschlag um Langwoß gruppierte, jedoch innerhalb der Partei bisher einflusslos war. Es war zugleich ein Kampf zwischen der sogenannten „Deutschhannoverschen Legion“, die sich im Kapp-Putsch untrümllich betätigt und der neuen Selbstschutzorganisation des „Ordens Heinrich der Löwe“, einer militärisch aufgelegenen Organisation, die hinter Langwoß steht und deren politischer Einfluß innerhalb der Partei der anderen Richtung anscheinend gefährlich zu werden begann. Der Konflikt ist mit dem Ausschluß von Langwoß natürlich nicht entschieden, im Gegenteil, wahrscheinlich wird es jetzt noch hellen Aufbruch in der Welfen-Partei kommen. Bereits am Montagabend beschaltete sich in Hannover eine weltliche Parteiversammlung mit dem Fall, wobei die Empörung über den Ausschluß Langwoß stark und laut zum Ausdruck kam. Gut 80 Proz. der Anwesenden stellten sich hinter Langwoß.

Sunfasten †

SPD. London, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der Präsident der südchinesischen Republik Dr. Sunfasten ist am Lebertrebs gestorben. Die Operation hat die hoffnungslos schwere Krankheit nicht beseitigen können. Mit ihm ist einer der fähigsten Staatsmänner des modernen China und der rasche Vorkämpfer für die wirtschaftliche und verkehrstechnische Aufschwüfung des chinesischen Reiches und seiner Bodenschätze aus dem Leben geschieden. Sunfasten hatte u. a. als erster ein vollkommenes System chinesischer Verkehrsanlagen durch Hafenbauten, Schiffahrtskanäle, Stromregulierungen und Eisenbahnen für das ganze chinesische Reich entworfen. — Die Nachricht vom Tode Sunfasten ging bereits vor einigen Monaten durch die Presse und bestätigte sich damals nicht. Diesmal scheint sie zuzutreffen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Schmitt. Für Freistatt, Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luiderhart. Druck: Friedrich Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Ultimo-Angebote

im Preis für Sie überaus gut

Handschuhe

- Handschuhe für Damen farbig Trikot 95 Pf
- Handschuhe für Damen imit. Wildleder, hell- u. dunkelfarbig 1 25
- Handschuhe für Damen imit. Wildleder mit Seidenraupe, farbig 1 95
- Handschuhe für Herren farbig Trikot mit 1 Knopf 95 Pf

Strumpfwaren

- Damenstrümpfe schwarz Baumwolle verstärkt ... 45 Pf
- Damenstrümpfe schwarz Makoart verstärkte Ferse und Spitze 95 Pf
- Damenstrümpfe Seidenflor farbig mit Doppelsohle und Hochferse 1 65
- Herren-Socken grau, verstärkte Ferse und Spitze 65 Pf

Unterzeuge

- Normalhemden für Herren mit Doppelbrust 1 05
- Normalhosen für Herren wollgemischt 1 95
- Schlupfhosen für Damen Baumwolle gewebt, weiß u. farbig 1 25
- Hemdosen für Damen weiß Mako 2 95

Wollwaren

- Überblusen für Damen reine Wolle weiß und farbig 7 50
- Sportwesten für Damen reine Wolle, schöne Farben 14 75
- Sportwesten für Kinder reine Wolle, schöne Farben 4 50
- Kinder-Sweater reine Wolle verschiedene Farben Größe 1 4 75

Baumwollwaren

- Hemdenbarchent hellgestreift Meter 78 Pf
- Schürzenstoffe gestreift ca. 120 cm breit Meter 1 35
- Barchent-Bettücher ca. 160x190 cm groß 3 25
- Schlafdecken Jaquardmuster ca. 140x190 cm 4 90

Seidenstoffe

- Kunstseid. Trikot moderne Farben Meter 2 95
- Japon-Seide in vielen Farben ca. 90 cm breit Meter 3 90
- Halvella-Seide doppeltbreit verschiedene Farben Meter 4 40
- Crepe de china in verschiedenen Farben, ca. 100 cm breit Meter 5 50

Kleider- und Mantelstoffe

- Musseline neue Muster ca. 80 cm breit Meter 95 Pf 78 Pf
- Blusenstoffe mit Kunstseidenstreifen Meter 1 15
- Hauskleiderstoffe Halbwolle doppeltbreit Meter 1 25
- Karrierstoffe moderne Muster Meter 1 65

- Reinwollene Streifen für Blusen und Kleider Meter 1 05
- Mantelstoffe gute Flauchqualit. ca. 130 cm breit Meter 3 90
- Donegal für Kostüme u. Mäntel ca. 130 cm breit Meter 2 95
- Garbardin reine Wolle ca. 130 cm breit Meter 5 90

Damenhüte

- Damenhut, Kunstseide mit hübscher Garnitur 4 50
- Backfischhut aus Rips mit reizender Goldbandgarnitur 6 90
- Damenhut mit breiter Ripsbandschleife 8 75
- Damenhut, Rips fesche Form mit Kopfschleife 10 75

Mädchen-Kleidung

- Mädchenkleider gemusterte Velourstoffe Gr. 45-55 1 45
- Mädchenkleider aus Schottenstoffen Gr. 60-85 2 95
- Kindermäntel Gr. 60 aus Flauch (jede w. Gr. 50 Pf. mehr) 3 75
- Kindermäntel Gr. 50 aus Donegal (jede w. Gr. 50 Pf. mehr) 4 25

Damen-Bekleidung

- Kasakblusen gestreifter Sportflanel 1 35
- Kasakblusen mit moderner Goldknopfornitur 4 50
- Kleiderröcke dunkle Streifenmuster 1 45
- Kleiderröcke fester Donegalstoff 3 90

- Kunstseiden-Kleider in vielen Farben 6 90
- Wintermäntel reine Wolle mit langem Schal 8 90
- Wintermäntel Flauch mit angewebtem Futter .. 14 75
- Jackenkleider reinwoll. Cheviot Marineblau 16 50

Schuhwaren

- Hausschuhe mit Bindegansohle, viele Farben 95 Pf
- Kragenschuhe mit Filz- und Ledersohle, Gr. 36-38 2 75
- Schnallenstiefel Kamelhaar Gr. 27-35 2 90
- Halbschuhe für Damen Roßcheyreau, mit u. ohne Lackkappe 5 90

- Halbschuhe für Damen Roßcheyreau, moderne Formen 8 50
- Lackschuhe für Damen mit farbigem Einsatz 12 50
- Herrenstiefel schwarz Rindbox, bequeme Formen 6 90
- Halbschuhe für Herren Roßcheyreau 8 75

Herren-Bekleidung

- Herren-Hosen moderne Streifen solide Verarbeitung 4 90
- Breeches-Hosen aus Cord- und Donegalstoffen 9 75
- Loden-Joppen wärm gefüttert 16 75
- Gummi-Mäntel geklebt und genäht 19 75

- Herren-Anzüge solide Verarbeitung .. 39.- 24.- 16 50
- Manchester-Anzüge Sportform 39.- 29 00
- Ulster moderne Form, für junge Herren 29.- 19 00
- Herren-Ulster Flauch-Qualitäten 38.- 29 00

Holstenhaus

1999 Mein

Inventur-Ausverkauf

findet statt vom 28. Januar bis 10. Februar einschl.
Versäumen Sie nicht
 diese nie wiederkehrende Gelegenheit
 zum billigen Einkauf auszunutzen
Prüfen Sie bitte
 mein Angebot auf seine Preiswürdigkeit

Herren-Stiefel

- Herren-Stiefel Rindbox, Gr. 40/45 10.90 8.90 7 90
- Herren-Stiefel Ja. Boxkalf, feinste Rahmenarb. 14 95
- Starke Arbeitsstiefel 9.90 7.95 6 95
- Ja. Fahlled.-Tour.-Stiefel mit Kappe u. Agr. Gr. 40/46 9 90
- Ja. Fahlled.-Tour.-Stiefel mit Kappe u. Agr. Gr. 36/39 7 95

Kinder-Stiefel

- Ja. Fabrikate in Chevreau Roßcheyr. m. Lackt. und Rindbox Gr. 23/24 3 95
- Ja. Boxkalf Gr. 31/35 7.95 Gr. 27/30 6 90
- Roßcheyr. u. Rindbox Gr. 31/35 6.90 Gr. 27/30 5 90
- Ja. Braun Glanzziege Gr. 30/35 6 90
- Ja. Braun Rindbox Gr. 23/24 4.50 Gr. 25/26 5 90

Damen-Schuhe

- Ja. Boxk.-Schnür-Schuhe feinste Rahmenarbeit 10 90
- Ja. Chev.-Schnür-Schuhe elegante Form 9 75
- Ja. Roßcheyr.-Sch.-Schuhe schwarz und braun 6 90
- Ja. Boxk.-Schiebespang.-Schuhe gute Paßform 7 90
- Ja. Lack-Schnür-Schuhe halbspitze Form 11 90
- Lack-Pumps, elegante Form, Abs. L. XV 14 95

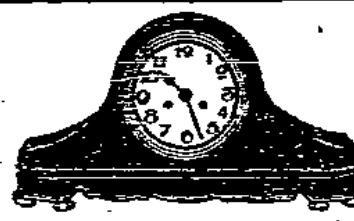
Damen-Stiefel

- Ja. Roßcheyreau mit Lackkappe Gr. 36/38 8 90
- Ja. Boxkalf eleg. halbspitze Form 9 90
- Ja. Roßcheyr. Weitschaft il. Abs., mit u. ohne Lackt. 10 90

Der Restbestand in Kamelhaar-Schuhen besonders preiswert

Verkauf: Ab Lager Breite Str. 51, 1
 Laden: Marktweite, 2

Schuhhaus Koopmann



Eigen-Expander-Verlag Aug. Büttner, Uhrmachermeister HUXSTR. 32

Wanduhren in mod. Ausführung
 Weckuhren (15% von Mk. 4.— an
 Schreibstischuhren in großer Auswahl

Reell u. billig!

Ich empfehle in großer Auswahl:
 Kleiderstoffe, gestr. u. kar. Meter 8.90 2.70 1.40
 Popeline, reine Wolle Mtr. 3.95

Fertige Bettbezüge in Damast u. Streifsattn 15.- 12.60 9 90

Hauskleiderstoff m. 1.60 1.20 95 4
 Kleiderbarchent . 1.90 1.70 95 4

Inletts Bettbreite Mtr. 4.70 3.90 3.40
 Kissenbreite . 3.80 3.20 2.20

Schürzensattn Mtr. 1.80 1.60 1.20
 Blandruck f. Schürz. Mtr. 1.90 1.70

Bettfedern u. Daunen 10.50 8.50 6.50 4.20 1.50

Beachten Sie bitte mein Schanlenker!

Walter Griephan

Lübeck HUXSTR. 74 Tel. 2957

Ohne Geld

können Sie sich Ihren Bedarf in dem seit Jahren in Lübeck u. Umgegend bekannten Waren-Kredit-Haus von Hersch Kesten, Holstenstraße 17, auf

Teilzahlung

decken. Ich empfehle zu sehr kulantem Bedingungen' und aufmerksamer Bedienung

Herren-, Knaben- u. Damen-Garderobe
 Gummi-Mäntel, Sportjacken
Herren- und Damen-Wäsche, Gardinen
 Teppiche, Läuferstoffe und Federbetten
 sowie sämtliche **Baumwollwaren** bei geringer

Anzahlung und bequemer **Abzahlung**

Bitte genau auf Hausnummer zu achten! (1405

Holstenstraße 17'

Kein Laden, ungenierter Seiteneingang Petrikirchhof

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 29. Januar.

„Herr Wirt, bitte den Volksboten.“

Diese Worte richtete ein Gast an den Wirt seines Stammtisches. Der Herr Wirt verzog die Schultern und sagte entschuldigend: „Bedauere sehr, mein Herr, der „Volksbote“ ist nicht da.“ Damit gab sich der Gast zufrieden. Anders Tages richtete er die Frage an den Wirt, ob der „Volksbote“ denn jetzt da sei, worauf dieser sich an seine bessere Hälfte wandte und mit blinzelnem Auge fragte: „Mutter, haben wir den „Volksboten“ in den letzten Tagen nicht mehr bekommen?“ „Nein“, sagte die gute Wirtsfrau etwas verlegen. Worauf der Gast bemerkte: „Mit den letzten Tagen meinen Sie wohl die letzten Monate, denn so oft ich in letzter Zeit bei Ihnen mal den „Volksboten“ suchte, war er nicht zu finden. Da er aber früher immer vorhanden war, haben Sie oder Ihre Frau Gemahlin das Blatt wohl abbestellt, sonst würde es die Botin doch sicher bringen.“ „Trank sein Bier aus und verließ, ohne ein weiteres Wort zu sagen, das Lokal. Als er nach einer Woche die Wirtsfrau wieder betrat, hing der „Volksbote“ neben den übrigen Zeitungen.

Zur Aufwertung von Mündelvermögen.

Dem „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ wird von zuständiger Stelle geschrieben:

Eltern, Vormünder, Pfleger, Bestände sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die durch die dritte Steuernotverordnung vorgesehene Aufwertung der Rechte und Forderungen nicht veräußert wird, die zu dem von ihnen verwalteten Vermögen der Kinder und Mündel gehören. Eine Veräußerung dieser Forderungen kann sie ersatzpflichtig machen. Vor allem dürfen sie die bis zum 31. März 1925 laufende Anmeldefrist nicht verstreichen lassen.

1. Bei Sparkassenguthaben hat die Anmeldung bis zum 31. März 1925 bei der Sparkasse zu erfolgen, bei der das Guthaben besteht. In der Anmeldung ist anzugeben, daß es sich um Mündelgeld handelt, damit eine bevorzugte Berücksichtigung stattfindet.
2. Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden werden ohne Anmeldung auf 15 Prozent aufgewertet. Die durch Hypothek gesicherte Forderung kann aber in besonderen Fällen höher aufgewertet werden, nämlich, wenn die Forderung auf den Beziehungen zwischen unterhaltsberechtigten oder unterhaltspflichtigen Personen oder auf den Beziehungen aus der Auseinandersetzung zwischen Miterben, geschiedenen Ehegatten, Erben u. Pflichtteilsberechtigten oder Eltern und Kindern beruht oder wenn es sich um eine Restkaufgeldforderung handelt, die nach dem 31. Dezember 1918 begründet worden ist.

Bei den zu Kinder- und Mündelvermögen gehörigen Hypotheken werden diese Voraussetzungen häufig vorliegen. Der Antrag auf Aufwertung der Hypothekendarstellung über 15 % hinaus ist bis zum 31. März 1925 bei dem Amtsgericht zu stellen, in dessen Bezirk das Grundbuch geführt wird. — Das gilt auch für Lübeck.

Was das Stahlbad nicht alles fertig brachte. Am 5. Oktober 1924 waren nach einer kürzlich vorgenommenen Zählung 366 140 Kriegerwitwen vorhanden. Ihre ursprüngliche Zahl bezifferte sich auf über 600 000. Über 200 000 haben sich aber wieder verheiratet. Die übrigen sind bereits verstorben. Darnach ist über ein Drittel der Kriegerwitwen eine neue Ehe eingegangen.

Politische Propaganda auf der Eisenbahn. Mit Genehmigung der Reichsbahn wird in den Zügen und an den Bahnhofen ein Keflamblatt, die Deutsche Eisenbahn- und Verkehrszeitung kostenlos verteilt. Wie stets bei solch farbigen Winkeltüchern wird natürlich versucht, neben allgemeinem Tratsch in feuilletonistischer und verschwommener Art auch in Politik zu machen. In Nr. 3 ist die D. E. u. V.-Ztg. zu einer Berichtigung gezwungen über einen Artikel, der einer argentinischen Zeitung entstammte und als Urheber einen französischen Korrespondenten hatte. Die Sache an und für sich interessiert weniger als die Tatsache, daß man die dunkelsten Quellen zu Sensationen benützt. Geißig arme und klägliche Koft wird den Reisenden schon genug aufgehaßt, es wäre nicht nötig, daß die Reichsbahn derartige Presseerzeugnisse noch besonders amtlich begünstigt.

Der falsche Indianerprinz.

Die Abenteuer des „Weißen Glö“.

Das Berl. Tagebl. berichtet über die Hochkapelleien eines angeblichen Indianerprinzen, der es verstanden hat, Jahre hindurch in den ersten Kreisen bis hinauf zu den höchsten Staatsstellen sich Zutritt zu verschaffen und namhafte Persönlichkeiten um hohe Geldsummen zu schädigen. In Bellinzona, dem amnütigen lüschweizerischen Städtchen, wurde seiner Hochtapferlaufbahn vor kurzem ein Ende bereitet. „Tamboda Ray“, der Indianerprinz, hat seine Rolle, die er meisterhaft zu spielen verstand, ausgeübt. Nun sitzt er hinter schwedischen Gardinen und kann die unzähligen Gerüchte, die er während weniger Jahre hatte, an sich vorüberziehen lassen. Man darf auf die zahllosen Gerichtsverhandlungen, die in dieser Affäre nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern bevorstehen, mit größtem Interesse erwarten. Mit ungewöhnlicher Wirksamkeit hat es dieser Gauner verstanden, seine Opfer zu täuschen, und mit den Manieren eines Gentleman ist es ihm tatsächlich gelungen, sich nicht nur hohe Geldsummen zu verschaffen, sondern auch die Herzen zahlloser Damen der italienischen Aristokratie zu erobern. Man hat, als die Polizei seine Post in Bellinzona beschlagnahmte, nicht weniger als 72 Liebesbriefe von verlebten Frauen geöffnet, die innerhalb dreier Tage einlefen, ein Beweis für die Verehrung und Anhänglichkeit mit der der angebliche Indianerprinz vom zarten Geschlecht verfolgt worden ist. Die schweizerische und italienische Presse widmet diesem Hochtapfer natürlich spaltenlange Artikel, und einige italienische Zeitungen, darunter der „Corriere della Sera“, haben sogar Sonderbeirichterter nach Bellinzona entsandt, um möglichst viel Einzelheiten über die Heldentaten und Verheerungen dieses Märchenprinzen zu erfahren. Inzwischen hat sich, wie schon kurz berichtet, herausgestellt, daß dieser Indianerprinz, der sich stolz der „weiße Glö“ nannte, der illegitime Sohn einer gewissen Doumergue Virginia ist, am 17. März 1884 in Rhode Island in den Vereinigten Staaten geboren wurde und Edgar Laplantz heißt.

In London vermählte er sich mit Ethel Elizabeth Major, seine Frau in einem Schreiben an die Bellinzonaer Behörden mitteilt, hat ihr Mann von jeher extravagante Ideen gehabt, so auch den Gang zum sinnlosen Geldgewinnen, so daß sie oft unter Geldmangel schwer zu leiden hatte. Interessant ist an der ganzen Geschichte, daß es dem „Prinzen“ immer und immer ge-

Pastoren und Sozialdemokratie.

Pastor Brandenburg und der Volksbote. — Pastoren im Dienste des Kapitals und der Reaktion.

Ein Kapitel, das wir nicht mutwillig und auch nicht aus Kirchenfeindschaft anschnitten. Es wird uns aufgezwungen. Durch ein Schreiben des Pastors Brandenburg an den Lokalredakteur des „Lübecker Volksboten“. Sollte es privatim gemeint sein? Sicherlich! Aber wir bebauern, es nicht persönlich auffassen zu können und sehen uns gezwungen, die erbessene Müdkänerung auf diesem Wege zu geben. Nicht aus Feindschaft zur Kirche. Das geht schon aus der Ueberschrift hervor. Sonst hätten wir den Titel so gesetzt: Kirche und Sozialdemokratie. Keine Streitfrage für Sozialdemokraten. Man erlasse uns die Erläuterung. Wir haben es hier nicht mit Dogmenseinanderschungen zu tun, sondern mit derzeitigen Menschen, die handelnd in das Lebensgetriebe eingreifen. Und wenn wir als Sozialdemokraten solch einen Menschen treffen, der auf der gegnerischen Seite uns bekämpft, dann ist es unsere Pflicht, ihn zu stellen, auch wenn er zufällig als Pastor sein Geld verdient. „Aug' in Aug'! ...

Also, Herrn Pastor Brandenburg mißfiel unsere Kritik an der Kanzelpredigt seines Amtsbreders Balke im Dom. Jene Predigt — so schreiben wir — war eine Kriegervereinsrede nach altem bekannten Durchschnitt. Neben anderem hingen wir die Schlüssbemerkung an, daß es keine Gemeinschaft in der Weltgeschichte gibt, zu der nicht ein Pfaffe seinen Segen gegeben hätte.

Dieser Satz erregte den Zorn des Herrn Brandenburg, ermutigt ihn zu einem gereizten Schreibbrief. Wir hätten ein allgemeines Urteil über die Pastoren gefällt, seien wenig sachlich, würden die Kirche nur durch die Brille von Kriegerbundfesten sehen, wir sollen nicht so beleidigend sein, uns einer Beurteilung kirchlicher Dinge enthalten und dergleichen pastorale Annahmen mehr.

Führen wir den Herrn in die Wirklichkeit zurück. Selbst auf die Gefahr hin, daß er dem Volksboten seine Gunst ganz entzieht. Das haben schon andere vor ihm getan, die trotz zur Schau getragener Arbeiterfreundlichkeit nicht fertig brachten, den Volksboten zum evangelischen Gemeindeblatt zu stampeln. Also, Herr Pastor Brandenburg, biege Sie doch nicht unsere scharfe Stellungnahme gegen deutschnationale und völkisch gerichtete Pastoren in ausgesprochene Kirchenfeindschaft um. Nein, wir folgen dieser kasuistischen Predigt schon deswegen nicht, weil wir tolerant genug sind, jeden nach Wunsch glücklich werden zu lassen. Allerdings fassen wir zu, wenn übereifrige Pastoren die Kirche zu politischen Zwecken mißbrauchen oder — wie es jetzt wieder bei dem Missionsschachzug geschieht, dreißig auf den Dummensack ausgehen. So einseitig sind die Pastoren denn doch nicht. Sie wissen ganz genau, und viele bestreiten es auch nicht, daß politische Zwecke hinter dem Gewebe so manches hieheren Pastoren stecken. Ein Beispiel: War es nicht ein Pastor Koch, deutschnationaler Abgeordneter, der das Kesselkreischen gegen den Reichspräsidenten einleitete? Ist es am Orte nicht ein emeritierter Pastor, Kühl, deutschnationaler Agitator, der gegen Republik und Parlamentarismus wütend blüht? Führen sich nicht die meisten Pastoren als deutschnationale Agenten, als Beauftragte der besitzenden und kriegerisch gesinnten Klassen? Kein Kriegervereinskümbim geht vorüber, ohne daß ein Pastor eine Feld- oder Zergpredigt hält — und wer Kriegervereine kennt, weiß, daß man dort nicht zum Gott der Liebe, sondern zum Gott der Rache schwört.

Berichtete doch die hiesige bürgerliche Presse vom Magdeburger Stahlhelmtag, daß dort die Kirchenglocken läuteten, die Kanzel fahngespitzt war, die Frontsoldaten Zwiesprache mit ihrem großen Alliierten hielten und das Gotteswort hörten. Das hat doch sicher ein Pastor gepredigt, während die stahlharten Stahlhelmer neue Morgengedanken im Wufen hegten. Das weiß Herr Pastor Brandenburg auch. Und sollte er dies nicht wissen, so wollen wir ihn aus der Fülle

des uns vorliegenden Materials einiges von der Zweipältigkeit protestantischer Gotteswortstreiter wissen lassen. So schrieb zur Wahlzeit (5. Dezember 1924) die Allgemeine Evang.-Luth. Kirchenzeitung:

„Also: Jeder Christ wähle! Wen? „Die marxistischen Parteien und die mit dem Marxismus verbündete und von dem Jubentum geführte Demokratie kommen für uns nicht in Frage. Wir haben sie an ihren Früchten zur Genüge erkannt und lassen uns deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß Christentum und marxistischer Sozialismus sich wie Feuer und Wasser verhalten.“ Nachdem die übrigen Parteien auf Herz und Nieren geprüft sind, bleibt nur eine Lösung: „Wir können allein nur der deutschnationalen Partei unsere Stimme geben.“

„Licht und Leben“ (Nr. 48) schreibt:

„Es geht jetzt nicht um das Streifemännische: sowohl schwarz-weiß-rot, als auch schwarz-rot-gold, sondern die ganze Entwicklung drängt auf: entweder schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold! Schwarz-weiß-rot sind sowohl die deutschnationalen als auch die völkischen. Solange wir evangelischen Christen nicht eine unsere Anschauungen noch besser entsprechende politische Partei haben, solange kommen diese beiden Parteien für uns in Betracht.“

Das Wort christlicher Nächstenliebe, auf die die neuteamentlichen protestantischen Pastoren doch eingeschworen sind, verkündete bei der Reichsgründungsfeier in Stettin Pastor Stavenhagen so:

„Ohne auswärtige Hilfe geht es nicht. Entweder mit Rußland gegen England oder umgekehrt. Mit den Bolschewiken können wir nichts anfangen haben. Biletsch ist das Zentrum für immer erledigt. Und wenn nicht, so ergibt sich die Gefahr, daß der Zar mit Frankreich geht und wir zwischen zwei Mühlsteinen kommen. Unser Bundesgenosse für später wird daher England sein. Wir beide haben einen einzigen Feind: Frankreich. Dann wird der Tag nicht am Rhein, sondern jenseits des Rheins kommen, ein neues Waterloo, ein neues „La Belle Alliance“.“

Die Entscheidung, militärisch und politisch, fällt am Rhein oder jenseits des Rheins, die Zukunft aber liegt im Osten, beim Junker, beim Bauern, beim deutschen Landvolk. Nur im Osten ist noch Willenskraft und Schaffenskraft und Erhaltungskraft. Hier liegt die Hoffnung.“

Sollen wir diesen insamen Gehausprüchen protestantischer Seelsorger noch etwas hinzufügen? Einmal schreit man, Gott strafe England, das anderemal, Gott erhalte England, damit „wir“ Frankreich strafen können. Genau wie Luther erst die Bauern gegen die Fürsten aufbegehrt und sie nachher von den Fürstentöchtern niederhauen ließ. Man heßt zu neuem Krieg, erzieht die Jugend in Rachegeboten und heult dann über die Schlichtigkeit der Revolutionszeit.

Es kommt aber noch besser. Nicht nur wird Kanzel und Pastorswürde zur Kriegsbeute benutzt, es gibt schon Pastoren, die ein

offenes Bündnis mit schwerindustriellen Unternehmern gegen die Arbeiterschaft

predigen. Wie hier der Geist der Liebe gepflegt wird, das besundet Pastor Dr. W. Boudriot-Bonn im „Arbeitgeber“, Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (15. Dezember 1924). Dort wird nach Paulus, 1. Kor. 7, 20, das Idealbild des evangelischen Christen gezeichnet:

„Ein jeglicher bleibe in dem Beruf, darinnen er berufen ist. Bist du ein Knecht berufen, so jorge dich nicht. Doch kannst du frei werden, so brauche es viel lieber.“

Entsprechend redet der Artikelschreiber den Sklaven des 20.

lungen ist, die Dummen zu finden, die ihm namhafte Geldbeträge liehen, mit denen er in anderen Kreisen wieder durch reichliche Geldspenden Eindruck zu machen verstand. In Lugano beispielsweise schuf er sich einen Nimbus als Krösus durch Verteilung von Geld, an anderen Orten wiederum dadurch, daß er als Indianerprinz nach einer reichen Frau Ausschau hielt. Von Beruf Kinogausler, übertrug er die Komödie der Weltgewand auf das wirkliche Leben, nahm dazu den Keit seiner Filmgarderobe und eine reichliche Dosis von Wit und Schaulust, um sich Jahre hindurch ein prinzigliches Dasein auf Kosten derer zu leisten, die vor dem Namen eines Prinzen ehrsüchtig waren in die Knie sinken und durch ihre grenzenlose Verblendung schließlich das Opfer eines Betrügers werden. Wenn ein geschickter Regisseur diese Heldentaten eines raffinierten Schwindlers auf die Leinwand bannen würde, wäre es eine köllische Komödie, aber niemand würde je daran glauben, daß dieser Roman Wirklichkeit gewesen ist. Als Baritonlänger fing er in der Musical Hall in London mit Erfolg an; schon damals begann er sich durch Vorspielung falscher Tatsachen Geld zu verschaffen. Als ihm in London aber der Boden zu heiß wurde, verschwand er, um nach einiger Zeit in Paris wieder aufzutreten, wo er mit mehr oder minder Glück seine Betrügereien fortsetzte. In Brüssel kam er zum erstenmal auf den Gedanken, nicht nur vor dem Kurbelkasten einen Indianerhauptling zu spielen, wie er es bisher bei einer Filmgesellschaft getan hatte, sondern einmal in Wirklichkeit sein Glück mit einem Prinzendebüt zu versuchen.

Er verstand es, durch eine raffinierte Klamme und durch Vorzeigung falscher Dokumente als Vertreter amerikanischer Universitäten die Aufmerksamkeit maßgebender wissenschaftlicher und politischer Kreise Brüssels auf sich zu ziehen; schließlich hielt er einen Vortrag über Sitten und Gebräuche der Indianer, und der Andrang zum Vortragsaal war so stark, daß sich um den Besitz einer Karte wüßte Szenen abgespielt haben. Als nach einiger Zeit in Brüssel Gedanken über die Herkunft des Indianerhüpfelings aufstauten, verschwand der „weiße Glö“ prompt nach Nizza, wo er auf der Promenade in voller Hauptlingsuniform spazierenfuhr und selbstverständlich großes Aufsehen erregte. Dort lernte er auch eine Gräfin Khevenhüller kennen, die von seiner blendenden Erscheinung geradezu fasziniert war. Von Nizza kam er nach Italien, wo er in Florenz als Abgesandter der letzten Indianer von den offiziellen Behörden der Stadt empfangen wurde. Im Athambraetheater wurde dann zu seinen Ehren eine offizielle Soiree veranstaltet. Der Bürgermeister und andere Honoratioren hielten dabei Ansprachen. Doch der reiche Prinz

ließ sich nicht lumpen; er lud die ganze Gesellschaft nach dieser Soiree zu einem Galadiner ein, wo der Seit natürlich in Strömen floß und alle Delikatessen der Saison zu haben waren. Als man ihm anderen Tages die auf viele tausend Lire sich belauende Rechnung präsentierte, erklärte der Gauner, die Sache gehe ihn nichts an, da er doch der Eingeladene und nicht der Einladende sei. In Turin verstand er es, die Faschistenhauptlinge für sich zu gewinnen, die ihm zum Ehrenschaftigen ernannten und ihn an der offiziellen militärischen Feierlichkeit zur Erinnerung an den März der Faschisten gen Rom teilnehmen ließen. Selbstverständlich erließ er auch hier wieder in vollem Federhämud. Im Turiner Spital ließ er sich umgeben von den Ärzten und Kranenschwestern, würdevoll fotografieren und vermachte dem Spital für diese Gefälligkeit 10 000 Lire, die er allerdings zu zahlen vergaß. Die Gräfin Khevenhüller war über diesen reichen Märchenprinzen so begeistert, daß sie sich mit dem Plan trug, ihre Tochter mit dem Prinzen zu verheiraten. Die momentanen Geldverlegenheiten des Prinzen, der angeblich sein Geld aus Amerika unpünktlich erhielt, schrecken die Gräfin nicht zurück. Sie gab ihm jede verlangte Summe, die Tochter aber war skeptischer als die Frau Mama. Sie fuhr heimlich nach London, um sich dort über die Verhältnisse des Prinzen Auskunft einzuholen.

In Bellinzona trieb der Gauner inzwischen sein Spiel weiter, und brachte es wiederum so weit, daß er von den offiziellen Persönlichkeiten der Stadt empfangen wurde. Er sprach von großen Geschäften, die er vorhabt, von Verkäufen riesiger, in seinem Besitz befindlicher Terrains in Nordamerika und fand da und dort bei allzu Leichtgläubigen Gehör, die ihm immer wieder zur Durchführung solcher Geschäfte Geld vorstreckten. Die junge Gräfin hatte inzwischen in Manchester den wahren Sachverhalt erfahren und reichte bei der Staatsanwaltschaft in Bellinzona eine Klage wegen Betrugens ein. Dieser ersten Anklage folgten bald drei weitere von den Inhabern dreier bekannter Geschäfte der Stadt. Darauf wurde ein Haftbefehl erlassen, der den Prinzen in Neuenburg erreichte, wo er verhaftet und in Begleitung eines Detektivs nach Bellinzona gebracht wurde. Als er dort eintraf, hatten sich mehrere hundert Personen am Bahnhof eingefunden, um seiner prinziglichen Hoheit einen nicht vorgesehnen Empfang zu bereiten. Dabei hielt er falltäfelnd an die vermummte Menge eine kurze Ansprache mit den Worten: „Die Komödie ist zu Ende, ich bin 36 Jahre alt.“ Inzwischen haben sich die Klagen von allen Seiten so gehäuft, daß es wohl mehrere Monate dauern wird, bis der erste Akt seiner Ernennung vor dem Gericht eine Wiederaufstellung feiern wird.

Bremen. Die Neuwahl der Bremer Angestellten kammer hatte folgendes Ergebnis: Afa-Bund 2824 Stimmen und 11 Sitze (von insgesamt 24 Sitzen), GDA 1260 Stimmen und 5 Sitze, GDAU (Gesamtverband deutscher Angestelltenverbände) 2035 Stimmen und 7 Sitze, Liste der Beamten 418 Stimmen und 1 Sitz.

Vermischte Nachrichten.

Verhaftungen wegen Mordverdachts. In Berlin wurde der 26jährige Korrespondent Eugen Gantner aus Stuttgart im Wartesaal des Inhabers Bahnhof unter dem Verdacht verhaftet, den Mord an dem Dienstmädchen Stenglnst am Arnswalder Platz begangen zu haben. Gantner bestreitet auf das entschiedenste, mit der Tat in irgend einer Verbindung zu stehen. — Der Berliner Volker ist es ferner gelungen, den Raubmörder, der seinerzeit den 24jährigen, aus Dessau gebürtigen Konditor Erich Wanne bei Dönnitz ermordet hat, in Neuendorf zu verhaften. Es ist der 37jährige aus Leipzig gebürtige Arbeiter Otto Krause, der sich auf Grund falscher Papiere den Namen Kurt Ott beigelegt hatte. Der Täter, der, wie sich inzwischen herausgestellt hat, im Mai vorigen Jahres auch einen Lustmord an einem 15jährigen Mädchen in Leipzig begangen hat, hat bei seiner Verhaftung bei ihm zur Last gelegten Raubmord gestanden.

Aufgehobene Fassmünzwerkstatt. In einem Hause in Köln Ehrenfeld wurde eine vollständig eingerichtete Fassmünzwerkstatt im vollen Betrieb ausgehoben. Aus dieser Werkstatt stammen die in letzter Zeit in größeren Mengen in Köln und Umgegend ausgekauften 2-Billtonen-Scheine und außerdem eine Fälschung von 5-Rentenmark-Scheine. Die Haupttäter waren mit Schusswaffen versehen. Einer von ihnen, der 30jährige Lithograph Johann Molitor, richtete die Waffe gegen einen Beamten, worauf dieser in Notwehr auf Molitor schoss und ihn tödlich verletzte. In dem darauf entstandenen Durcheinander sind zwei weitere Fassmünzer entkommen, der eine nur dadurch, daß er einem Passanten mit vorgehaltenem Revolver sein Fahrrad raubte und damit in schneller Fahrt davonfuhr. Im übrigen konnte die vollständige Einrichtung der Werkstatt einschließlich Stempelmaschinen und der Originalscheine beschlagnahmt werden. Zwei Personen, die den Fassmünzern Unterkunft gewährt haben, wurden in Haft genommen.

Dampfseifeexplosion. Aus Waldenburg wird gemeldet: Auf dem Bahnhof der Fürstensteiner Gruben ereignete sich eine Dampfseifeexplosion, durch die sechs Arbeiter schwere Brandwunden erlitten. Der Heizer Fräse ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. An dem Wiederaufkommen des Heizers Sübner wird gezweifelt.

An Bord der „Amerika“ alles wohl. Aus Oslo (Kristiania) wird gemeldet: Der deutsche Erdampfer „Amerika“, dessen

Verlust man befürchtete, hat in der Nacht auf Freitag Kopenhagen passiert, wo ein Lotsen an Land gesetzt wurde, der erklärte, daß an Bord alles in Ordnung sei.

Schiffsnachrichten

Angelommene Schiffe.
28. Januar.
Deutsch. D. Astoria, Kapit. Deege, von Aarhus, leb. Vieh, 1 1/2 Tg. Deutsch. D. Helgoland, Kapit. Brindmann, von Kopenhagen, leb. Vieh, 1 Tg. Deutsch. D. Planet, Kapit. Gmrich, von Stettin, leer, 1 Tg.
29. Januar.
Deutsch. S. Helene, Kapit. Marfen, von Burgkaten, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Dora, Kapit. Klingenberg, von Carlshöping, 1 1/2 Tg.

Abgegangene Schiffe.
28. Januar.
Deutsch. D. Ginter, Kapit. Michaelis, nach Stettin, leer. Deutsch. D. Flohilde, Kapit. Behm, nach Danzig, leer. Deutsch. D. Gotland, Kapit. Ellerbrot, nach Jütlingen, leer. Deutsch. D. Bürgermeister Lafren, Kapit. Dammer, nach Burgkaten, Stückg. Deutsch. S. Dagmar, Kapit. Hoffmann, nach Kopenhagen, Stückg. Schwed. D. Lübeck, Kapit. Turbin, nach Gothenburg, Stückg. Deutsch. D. Herm. Otto Jppen 14, Kapit. Riehn, nach Kiel, Stückg. Schwed. D. Brage, Kapit. Fluck, nach Raimar, Stückg.

Mein diesjähriger

Inventur - Ausverkauf

beginnt am **Freitag**, dem 30. Januar und dauert 14 Tage. Die **Preisherabsetzungen** für alle in der Inventur zurückgesetzten Waren sind ganz **gewaltige**. Auf alle anderen Waren erhalten Sie einen Rabatt von

10 %

Bitte prüfen Sie meine Preisangebote und überzeugen Sie sich von der Güte meiner Waren.

Graue Tricot-Herren-Hemden	jetzt 1.25	78	4
Normal-Herren-Hemden	jetzt 3.15	2.95	2.50
Original-Militär-Twist-Hemden	2.50		
Normal-Hosen	2.95	2.50	1.95
Herren-Futter-Unterjacken	jetzt 1.95		
Herren-Jagdwesten und Unterjacken	7.95	5.95	4.95
Damen-Hemden	2.25	1.75	1.58
Damen-Untertailen	1.95	1.25	.98
Damen-Nachthemden	4.95	3.50	2.95
Damen-Prinzeß-Röcke	4.95	3.95	1.95
Weiß Herren-Hemden	4.50	3.85	2.65
Damen-Anstands-Unterröcke	1.95		
Damen-Tuch-Unterröcke	1.95		
Damen-Satin-Unterröcke	1.95		
Damen-Blusen-Schürzen	1.75	1.58	1.25
Kinder-Schürzen	98	4	
Knaben-Schürzen	68	58	4
Damen- und Herren-Sportwesten	12.50		
Kinder-Sportwesten in allen Größen			
Oberhemden	Restposten	3.95	1.95
Schillerhemden, Indanthrenfarbig	2.95		
Oberhemden, Indanthrenfarbig mit 2 Kragen	3.95		

Ein Posten Damen-Mäntel für die Hälfte des bisherigen Preises

Herren-Gummi-Mäntel, Covercoat	jetzt 22.50
Herren-Gummi-Mäntel, grau diagonal	27.50
Herren-Anzüge, Nadeldstreifen	jetzt 25.—
Herren-Anzüge	jetzt 49.— 38.50 29.50
Lodenjoppen	25.— 19.50 16.50 14.50
Manchesterhosen	jetzt 10.80 9.95 7.95
Pilot-Hosen, gestreift	jetzt 6.95 5.95 4.95 3.95
Buckskin-Hosen	jetzt 6.95 4.95 3.95
Breeches-Hosen	jetzt 7.95 5.95 3.95
Kammgarn-Hosen	jetzt 11.25 9.— 6.25 5.35
Blaue Schlosser-Hosen	jetzt 3.50
Blaue und graue Drill-Hosen	3.50
Blaue und graue Drill-Jacken	3.50
Blaue Schlosser-Jacken	jetzt 3.50 2.50
Manchester-Joppen	jetzt 26.50 14.95
Stepphüte	jetzt 1.95 1.50 95 4
Sportmützen	jetzt 1.95 95 4

Baumwollwaren

Ungebleichten Stouts	Meter jetzt 70 4, 48 4
Hemdentuch	Meter 1.08 M., 88, 70, 48 4
Haustuch, 140 cm, für Bettlaken	Meter jetzt 1.75
Halbleinen, 140 cm, do.	Meter jetzt 2.65
Bettsatin, 140 cm, für Bezüge	Meter jetzt 2.25

Bettsatin, 140 cm, la. Bezüge	Meter jetzt 2.65
Bettendamast, 140 cm do.	Meter jetzt 2.65
Chellias für Bezüge, doppelbreit	Meter jetzt 1.95, 1.58
Finett für Nachtsjacken	Meter jetzt 98 4
Bettinletts für Unterbetten	Meter jetzt 3.60, 2.68
do. 140 cm, rot f. Oberbetten	Mtr. 4.10, 3.85, 3.60
Schürzenstoffe, 90 cm breit	Meter 88 4
do. 116 cm breit	Meter 1.75, 1.60, 1.48
Schürzen-Blaudruck	Meter 1.50, 95 4
Barchend- u. Calmuc-Decken	jetzt 3.65, 2.45, 1.58

Kleiderstoffe

Blaudruck für Hauskleider	Meter 68 4
Baumw. bedr. Kleiderstoffe	Meter 68 4
Kleider-Velour	Meter 1.85, 1.10, 98 4
Hauskleiderstoffe, Halbvolle	Mtr. 1.95, 1.75, 1.68
Eleg. Kleiderstreifen, 105 cm br.	Mtr. 3.95, 2.95
Elegante Schotten	Meter 3.35, 2.25, 1.58
Reinw. Cheviots für Kleider	Meter 2.50
Reinwollene Popeline	Meter 5.95, 4.95, 3.95
Reinwollene Gabardine, 130 cm	Meter 6.95
Seiden-Crepe, 105 cm	Meter jetzt 4.95
Eleg. Blusen-Streifen, Popeline	Meter jetzt 1.58

Strumpfwaren

Herren-Socken	Paar 88, 68, 60, 10 4
Damen-Strümpfe	1.35 M., 98, 68, 58, 38 4
Damen-Kaschmir-Strümpfe, reine Wolle	2.95

Bis zum 31. Januar erhalten Sie beim Einkauf von 6.— Mark und mehr 1 hübschen **Gummiball** gratis

Johannes Holst

Kohlmarkt 6 LÜBECK Markt 6

S. f. m. Sohn u. Oftern d. Schule der I. Zell. i. d. Bäckerlehre. Off. u. D 719 a. d. Eynd. (1400)

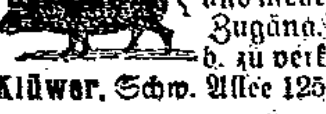
Wir bringen hiermit gemäß den Bedingungen für Einlagegeld vor dem 1. Mai 1924 zur Kenntnis, daß wir ab 1. März ds. Js. für

Spareinlagen 10% Zinsen p. a.

vergüten werden. (1424)

Vorschau- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck

Gel. leer. 3 f. e. Wimer ohne Anhang. Nr. Grövelarude 26, 1.



Empfehle reinsten Tilsiter Fett-Käse
solange Vorrat reicht
Wand nur 40 Big.

Max Pauls, Käsefabrikation
Verkauf ab Lager Gr. Burgstraße 48

Zu kauf. gel. alt. Fuß für Dabmachine. Aug. m. Br. (1415) Kerktrampstr. 22.

Zu verm. flotte Herren-Masten-Anzüge
1880) Büchergade 51, 11

Freitag und Sonnabend
Ba. junges fettes Rostfleisch

Spezialität:
Rostfleisch
und geräuch. Mettwurst
Geschnitten u. Anmachwürst
Fr. Kollmann
Weißerstr. 8.

Zwei flotte D. Mast-kostüme bill. zu vermieten
Gildemeister
Annimtr. 11b (1886)

Lubeca-Fahrräder
Herren, Damen, Mädchen- u. Knaben-Räder von 90.— bis 105.— M. 1 Jahr reelle Garantie. E-mailierungen, Ver-nichtungen sowie alle Reparaturen zu billi-gen Preisen. (1871)
Heinr. Körner
Gr. Burgstr. 28. T. 1685.

Zu vermieten Damen-Maskenkostüm
Waterngauer 111 1
Neue seidene Damen-Maskenan. 2 vermieten
1380 Schumacherstr. 5/13
1423

Zigaretten
Zigaretten
Shagtabate
F. C. H. Schröder
Znh.: Jos. Brielmeyer
Königsstraße 43
Ede Johannisstr.

Bl. Tuch-Rost, W.-Mant. 1 p. D. Schnürstief. Gr. 38 u. of. Adlerstr. 46 a. 11. r.

Hpt. Schatz 225, 275, 350 M.
Geh. Gastm. 395, 450 M.
Kömpf. Köchen 55, 65, 75 M.
Kommode, Bettst., Chaise-longue, Flurgarderoben, Tische, Stühle, Sofas, Bildergalerien
zu sehr billigen Preisen
Bekommene Selbstsch. gestaffelt
zur fl. Anzahlung
Rein Kalkulation
Wöbeln. Marienstraße 48

Welche

3

Punkte sind beim Kauf eines Anzuges zu beachten



Verarbeitung

Stoffe

Sitz

Durch eigene Fabrikation sind wir in der Lage, schon in den billigen Preislagen Anzüge aus modernen Stoffen bei guter Verarbeitung und hervorragendem Sitz anzubieten.

Herren-Anzüge	28 ⁷⁵	37 ⁵⁰	48 ⁵⁰
Herren-Ulster	29 ⁵⁰	38 ⁵⁰	49 ⁰⁰
Konfirm.-Anzüge	29 ⁰⁰	38 ⁷⁵	54 ⁰⁰
Herren-Paletots	48 ⁵⁰	57 ⁰⁰	69 ⁵⁰

blau und farbig mit Samtkragen

Beachten Sie unser Spezialfenster

Herren-Stoffe

In großer Auswahl zu günstigen Preisen Verkauf 1. Stock

Kantadt

Amtlicher Teil

Konkursverfahren

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Lübecker Fahrzeugfabrik G. m. b. H. in Lübeck, Hartengrube Nr. 25/27, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis, sowie zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Termin auf

den 20. Februar 1925, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht, Abt. II hier selbst, Zimmer Nr. 9, bestimmt

Lübeck, den 24. Januar 1925

Das Amtsgericht, Abteilung II

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen der Firma Lübecker Fahrzeugfabrik G. m. b. H. in Lübeck, Hartengrube 25/27, soll die Schlussverteilung erfolgen. — Hierfür sind Nr. 1089 — vorhanden. — Gläubiger mit Vorrecht haben Nr. 1943.69, solche ohne Vorrecht Nr. 16048.06 zu fordern. — Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei Abt. 2 zur Einsicht aus.

Der Konkursverwalter: Niels Jensen.

Lübeck, den 23. Januar 1925.

Fachrevier Nigerau Bezirk Scharnholten

Holzverkauf

am Freitag, dem 6. Februar d. J., von vor- mittags 9¹/₂ Uhr ab in der Saw- wirtsch. von Frau W. Hamer in St. Scharnholten aus dem Forstorten Kiepenholz, Gegeholz und Ohlenwogen:

300 m Buchen, Eichen- und Ahorn-Kluff und Knapel Nr. 584-590, 617-626, 651-779

3,25 m Fichtenstämme Nr. 591-516

45 Fichtenstämme

48 m Eichen-Hägle, 1,80 m lang, Nr. 627 bis 630

200 m Buchen- und Eichen-Weich Nr. 186 bis 370

von nachmittags 3¹/₂ Uhr ab in der Saw- wirtsch. von Dad in Traam aus dem Forstort Stubben:

50 m Buchen, Eichen- und Weichholz-Kluff und Knapel Nr. 401-553

250 m Buchen, Eichen- und Weichholz-Weich Nr. 1-185

Nigerau im Januar 1925

Der Oberförster

Straßensperrung

Die Watenigstraße wird von der Strohtaten- straße bis zur Klosterstraße vom Donnerstag, dem 29. Januar ds. Jz. ab bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein. (1404)

Lübeck, den 28. Januar 1925. Das Polizeiamt.

Bei der Landesversicherungsanstalt der Hanse- städte in Lübeck ist die Stelle des zweiten be- zoldeten Vorstandsmitglieds (Landesrats), das zugleich Stellvertreter des Vorstehenden ist, zum 1. April d. Jz. zu besetzen. Gehalt nach Gruppe XI, Ortsklasse B. Die Wahl erfolgt durch die Senate der drei Hansestädte auf Lebenszeit; Probezeit bleibt vorbehalten. Anrechnung von auswärtigen Dienstjahren, Ruhegehalt und Hin- terbliebenenversorgung nach den Lübeckischen Ge- setzen, die mit den Reichsvorschriften im wesent- lichen übereinstimmen. Dienstwohnung ist nicht vorhanden; Umzugskosten werden erstattet.

Verworbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 14. Februar bei dem unterzeichneten Vorstehenden einzureichen. Persönliche Vorstellung ohne Aufforderung verboten.

Lübeck, den 27. Januar 1925.

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte

Der Vorstand

Helm, Landesrat (1377)

Nichtamtlicher Teil



Lüneburger Heide

Kanzleigebäude — Eingang von Marienkirchhof

Fernspr. 3774 empfiehlt sich zur Fernspr. 8774

Anlegung v. Spargeldern auf Goldbasis.

Führung von Girokonten 1374

Für die Gelder bietet außer ersklassigen

Geldhypotheken d. Lübeckischen Staat

Junge Frau l. Wäsche

Hausgarderobe, gelben

Blödig u. uner- wartet starb am 28. Jan. morg. 2¹/₂ Uhr unser lieb. kl. Sohn und Bruder

Paul Hermann im zarten Alter von 1/2 Jahr (1369)

Tief betr. u. schm. vernicht von

Ludw. Lembocke u. Frau geb. Hamer

Beerd. am Sonn- abend 1¹/₂ Uhr Bor- werker Friedhof

Die Beerdg. unseres lieben Entschlafenen

Georg Beck

findet am Sonn- abend, den 31. Jan. 2.45 von der Kapelle des Borwerker Fried- hofes statt. (1393)

Straßenbahnwagen

205 ab Markt.

Die Winterlebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle

LÜBECK.

Am 26. ds. Monats verschied. unj. lang- jährige Kollegin

Marie Wolf

Ehre- ihrem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, dem 30. ds. Monats nachm. 2¹/₂ Uhr von der Kapelle des- Kienfelder Fried- hofes. (1421)

Die Ortsverwaltung.

Ag. Epp. l. 2 leere Jim

Ag. n. B 715 a. b. Epp.

Ag. Epp. l. 2 leere Jim

Ag. n. B 715 a. b. Epp.

Glafer-Behring

zu Ostern gesucht. (1389)

L. BEISS, Mittelstr. 14

Billiges Angebot!

Ballenstroh 3tr. 2.90

Roggenstroh „ 13.50

Gerstenstroh „ 13.50

Weizen, Gerste, Mais

u. Hafer per 14 Pfd.

Saundersinter, Erdbe- ren und Widen 15 Pfd.

la. gelbe Kartoffeln

pro 3tr. 4.80 Mk.

10 Pfund 60 Pfennig

Strohstr. 3tr. 2.20 Mk.

la. Hen 3tr. 6.00 Mk.

Schiering

Adlerstraße 4 (1420)

Kartoffeln

Industrie 3tr. 5.00

Up-to-date 3tr. 4.— und 4.50

Strohstr. 3tr. 2.00

Stroh 3tr. 2.60

Hen 3tr. 5.50

Britetts u. Hartotts

kleines Holz empfiehlt

Wilhelm Süfke

Schwabauer Allee 46a

Telephon 8822

Eimerbier

Jeden Freitag von 4—6 Uhr

1410) Brauerei Stamer

Stadtanleihen

Pfandbriefe

zu hohen Preisen gesucht

Angebote unter E. D.

Nr. 4009 an die Eppb.

dieses Blattes. (1375)

Margarine 60

Schweizer-Räse 1.20

Dänischer-Räse 1.20

Alter-Räse 60

Danica-Räse 45

Kunstbrot 38

Marmelade 60

Rirschaft 60

Sr. Gurken St. 15 u. 20

Sauerhohl 10

Seringe 2 Std. 15

Sirup 20

Bohnerwachs

1-2-Dose 60

Dünerfutter 10 1.50

Eduard Speck

Hüptstraße 80/84

Reiner Kakao

1430) 70 und 95

Guderhofolb. 100

Pasterkakao 100

Blochschokolade 88

beq. 100-gr.-Taf. 20

5 Tafeln beq. 95

Schmelzschof. 100

Walzbonbons, 1/4 15

Pralinen. 1/4 25

2-Pfd. 25

Ag. Schnittbohnen 95

Ag. Brechbohnen 95

Ag. Spinat 75

Ag. Grüntohl 60

Ag. Kartoffel 60

Ag. Erbisen 75

Ag. Erbsen 75

Karotten, geschn. 25

Kunstbrot 40

beq. v. Käufer & Co. 45

Marmelade 40

Sirup 25

Kucker 31

Blafenschmalz 100

Sauertohl 10

Margarine 60

Friedrich Trosiener

Mühlenstr. 87. Tel. 215

Gelegenheits-Angebot!!

Mehrere Zentner

Pa. Land-Mettwurst

Pfd. nur Mk. 1.40, bei Abnahme von ganzen Würsten . . Pfd. nur Mk. 1.30

Pa. Blutwurst

Pfd. nur Mk. 1.00

Pa. Tafel-Aepfel

Pfd. 15 Pfg. Pfd. 25 Pfg., Pfd. 30 Pfg. Bei Abnahme von 10 Pfd. billiger!

Alfred Müller

Verkauf nur Goldsteinstraße 6, vt. Hirtner.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 29. Januar.

Der Mietersehnsverein

hielt kürzlich im Gewerkschaftshaus seine diesjährige Hauptversammlung ab. Darüber geht uns folgender Bericht zu: Der Vorsitzende gab einen Rückblick auf das abgelaufene Vereinsjahr. Er wies auf die fortgesetzte Steigerung der Miete sowie auf die beständigen Versuche hin, den bestehenden Schutz der Mietverhältnisse zu befestigen, wie das besonders auch in Lübeck zu beobachten gewesen ist. Bei dieser Sachlage müssen immer wieder die Forderungen der organisierten Mieter erhoben werden: Schutz vor willkürlicher Mietersteigerung und Schutz vor Verlust der Wohnung und Arbeitsstätte. Es ist unbestreitbar, daß schon jetzt die Eigentümer der Miethäuser mindestens dieselbe Rente aus dem Miethausbetriebe ziehen, die sie vor dem Kriege gehabt haben. Damit befinden sie sich in einer derartig bevorzugten Lage gegenüber allen anderen, die vor dem Kriege eine Rente aus Vermögen bezogen, daß eine solche Bevorzugung schwer verständlich ist. Ohne jede Begründung sind z. B. bei der Festsetzung der ab Oktober 1924 zu zahlenden Miete den Hauseigentümern fast 5 % vom Staate geschenkt worden. Bei den jetzigen kümmerlichen Einkommensverhältnissen sollten die verantwortlichen Stellen sich hier klar machen, was eine solche Erhöhung bedeutet. Da die gesamte Miete im Reiche vor dem Kriege 5 Milliarden betrug, bedeutet 1 % bereits 50 Millionen M ; 5 % sind also 250 Millionen — eine Last, die nicht wesentlich geringer ist als die, welche gemäß dem Dawesgesetz von der Industrie zu tragen ist. Und wie große Bedenken wurden dagegen geltend gemacht! Woher aber die Mieter die Miete nehmen sollen, das verursacht anscheinend keine großen Überlegungen. Jedenfalls besteht für das Reich wie die Einzelstaaten, die ohne Bedenken unzahlige Eigentümer erparter Werke enteignet haben, die Verpflichtung, nicht eine Gruppe von Eigentümern zu bevorzugen. Die Festhaltung der Grundsätze des Reichsmietengesetzes ist sittlich berechtigt; es muß daher gefordert werden, daß das Reichsmietengesetz zu einem Dauergesetz werde.

Ebenso ist zu fordern, daß die zeitliche Begrenzung des Mietersehnsgesetzes aufgehoben werde. Die Rechte, die den Hypothekengläubigern genommen worden sind, muß der Staat aufnehmen, jedoch ein Recht des Miteigentums erhält, auf Grund dessen der privatrechtliche Charakter des Mietverhältnisses in einem öffentlich-rechtlichen übergeführt wird. Das letzte Jahr zeigte auch hier, daß die Regierungen noch weit davon entfernt sind, die erwachsene Aufgabe kraftvoll und zukunftsicher in Angriff zu nehmen. Darum sei auch das bevorstehende Vereinsjahr vor die Aufgabe gestellt, aufzuklären und dahin zu wirken, daß die Forderungen der deutschen Mieter erfüllt werden.

Hierauf gab der Schatzmeister den Kasserbericht, der deutlich zeigte, daß der Verein finanziell durchaus gesichert ist. Nachdem auch die Kassarevisoren berichtet hatten, wurde dem Schatzmeister Entlastung erteilt.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Mitglieder bis auf einen Herrn, der Entlassung aus dem Vorstände erbeten hatte, wieder und für den Aufsteigenden Herr Böttcher neu gewählt. — Eine eingehende Erörterung widmete die Versammlung den beiden Lübecker Wohnungsvereinen, die mit Beginn dieses Jahres in Kraft getreten sind. Gewerbl. Mieter — so wurde ausgeführt — haben die Folgen dieser Verordnungen schon zu fühlen bekommen, die unbegreiflicherweise auch durch die Gutachten der Gewerksamter und des Handwerkerbundes sowie des Einzelhandelsvereins mit veranlaßt worden sind. Diese Organisationen haben damit ihren Mitgliederleiden gegenüber eine Verantwortung übernommen, von der man nur wünschen muß, daß sie ihr auch Genüge leisten können, wenn diese Mitglieder durch die Verordnungen um ihre Arbeitsstelle kommen und damit in die Gefahr geraten, ihre Existenz einzubüßen. — Auch die gegenwärtig im Gange befindlichen Bauunternehmungen fanden Erörterung.

Die Versammlung beschloß endlich nach eingehender Erörterung, folgende von Herrn Gogorowich vorgelegene Resolution den zuständigen Stellen zu übermitteln:

„Die Veranlassung des Mietersehnsvereins erlucht die Bau- und die Finanzbehörde dringend, die durch die Grund- und Gebäudesteuer eingehenden Beträge zur Förderung des Wohnungsbaues zum größten Teile für den Bau von Einfamilienhäusern zu verwenden. Der Bau von Mehrfamilienhäusern hat viele Mängel im Gefolge. Die Wohnungen, die bisher in solchen Häusern errichtet wurden, sind zu klein und eignen sich vielleicht zunächst für jung verheiratete Ehepaare, reichen aber nicht, wenn die Familie sich vergrößert. Es erscheint durchaus unangemessen, die Wohnungen so klein zu bauen, daß sie schon in absehbarer Zeit nicht mehr zureichen. Sollte in späterer Zeit die Wohnungsnot nicht mehr so dringend sein, so werden diese aus Mitteln der Allgemeinheit errichteten Wohnungen vermutlich keine Mieter finden. Der heute zu beschaffende Wohnraum muß auch die Bedürfnisse der Zukunft berücksichtigen. Insbesondere ungenügend erscheinen in den Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern die Schlafkammern; es ist zu beachten, daß zu kleine Schlafkammern der Ausbreitung der Tuberkulose erheblich Vorschub leisten.“

Arbeiter-Sport.

Die Nachrichten für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Corneliß, Gr. Gd. 1. Postfach 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Freier Wasserport-Verein Lübeck, E. V.

Am Sonnabend, dem 31. Januar und Sonntag, dem 1. Februar 1925 findet der 6. Kreiswasserporttag der Norddeutschen Wasserportvereinigung (Wasserportpartei im 3. Kreis des Arb.-Luzn- und Sportbundes) in Lübeck, Arbeiter-Sportplatz, statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Unsere Eingliederung in die Sparten- und Organisationsarbeit des 3. Kreises.
2. Bericht aller Funktionäre und der Revisionskommission.
3. Unsere Veranstaltungen.
4. Beratung der Anträge.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Beginn der Tagung am Sonnabend, abends 6 Uhr. 14 dem Kreis angeschlossene Vereine werden durch ihre Vertreter anwesend sein, ferner auch der Schwimmgenosse Siegel vom Bundesvorstand.

Nach der Tagung am Sonnabend findet um 9 Uhr ein gewöhnliches Beisammensein statt. Am Sonntag, dem 1. Februar: Fortsetzung der Tagung.

Anlässlich dieser Tagung veranstaltet der Fr. W. V. Lübeck eine Ausstellung von zahlreichen sportlichen Aufnahmen, darunter auch interessante Aufnahmen von Wasserballspielen, Springen, Schwimmen usw. Ferner ist ein Kajak, welcher von Mitgliedern der Rudervereinigung des Vereins gebaut ist, ausgestellt, dazu Zeichnungen zum Selbstbau von Booten, eine gutgelungene Zeichnung vom

Vom modernen Strafvollzug.

Statt Abschreckung und Vergeltung: Erziehung und Fürsorge. — Glänzende Resultate in Hamburg. Gute Anfänge auch in Lübeck.

In einer vom Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene nach der Gemeinnützigen Tätigkeit einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Leiter der Hamburger Strafanstalten, Herr Direktor Koch, über das Thema: Der moderne Strafvollzug.

Der Vortragende erläuterte das in den Hamburger Strafanstalten angewandte System und führte ungefähr folgendes aus: Die breite Öffentlichkeit sieht die Strafanstalten zwar als ein notwendiges Uebel an, kümmert sich aber im allgemeinen wenig um das Schicksal jener hinter den Mauern befindlichen unglücklichen Mitmenschen. Man sieht lieber mit einer gewissen Voreingenommenheit auf die, die einmal zum Rechtsbrecher geworden sind, herab, als ihnen, was besser wäre, den Weg für die Zukunft zu ebnen. Hamburg geht auf dem Gebiete des Strafvollzugswezens und der damit verbundenen Fürsorge bahnbrechend vor. Zwar läßt sich das gesteckte Ziel nicht von heute auf morgen erreichen, aber Schritt für Schritt kommt man ihm näher. Es genüge nicht allein, daß die Beamtenschaft völlig neu umgestellt und umgebildet würde, nein, auch die breite Öffentlichkeit müsse zur regen Mitarbeit herangezogen werden. Der Redner schilderte dann, wie sorgfältig in Fußbüttel die Neuaufgenommenen nach allen Richtungen hin geprüft würden, um dann einer Abteilung zugewiesen zu werden, wo sie sich ihren Fähigkeiten und Anlagen entsprechend betätigen könnten. Die Grundlage des modernen Strafvollzuges sei die Arbeit. Nur müsse sie richtig angewandt werden, damit sie sich zum Segen der Arbeitenden auswirken könne. Die Hamburger Anstalt besitzt eine große Anzahl von modern eingerichteten Werkstätten, worin nicht nur die Häftlinge beschäftigt werden, sondern auch in bestimmten Berufen ausgebildet werden. Die besten Maschinen und Werkzeuge sind hier nicht zu gut, um hieran Spezialarbeiter heranzubilden, die dann auch in der Freiheit wiederum ihren Mann stehen können. Dann ging der Redner auf das System des Strafvollzuges in Stufen ein. Jeder, ohne Unterschied kommt zuerst in die vierte Stufe. Hier hat er zu beweisen, daß er, auch ohne daß er Vergünstigungen erhält, gewillt ist, getreu die ihm auferlegte Pflicht zu erfüllen. Nach Bewährung in dieser Stufe, erfolgt der Aufstieg in die dritte. Hier werden schon Vergünstigungen gewährt, und das Leben etwas angenehmer gestaltet. Weist der Insasse diese Vorteile zu würdigen, dann steigt er bald in die zweite Stufe auf. Weist er diese nicht zu würdigen, dann erfolgt die Zurückverlegung. Es liegt hier am Menschen selber, sein Schicksal zu bestimmen. Ein Stück Selbsterziehung. Nach weiterer guter Führung und Arbeit wird die erste Stufe erreicht. Diese ist als die Uebergangsstufe zur Freiheit anzusehen. Die Angehörigen dieser Abteilung haben eine Selbstverwaltung. Sie geben sich eine eigene Verfassung, wählen Ausschüsse usw. Der Redner betonte, daß entgegen aller Erwartungen unter den in diesem Stadium Stehenden eine musterhafte Ordnung herrsche, die Arbeitsleistungen hervorragend seien, überhaupt von Seiten der Anstaltsleitung kaum eingegriffen zu werden brauche. Das sei der Beweis dafür, daß das System richtig sei und daß hierdurch die Rechtsbrecher wieder zu ordnungsliebenden Menschen erzogen würden, wie es unter dem alten System der Vergeltung und Abschreckung nicht möglich gewesen sei. Ferner erklärte der Redner, mit welchen Mitteln in Hamburg versucht würde, den Insassen auf erzieherischem Gebiete beizukommen. Da spielt die Musik eine große Rolle. Eine aus Gefangenen bestehende Kapelle sei in der Lage, leichte und schwere Musik zu bieten, jenseitens es für erforderlich erachtet würde. Dann würden gute Theateraufführungen, Lichtbilder- und andere besprechende und unterhaltende Vorträge gehalten. Hierdurch solle dem Gefangenen zum Bewußtsein gebracht werden, daß er alles dieses Gute, Wahre und Schöne auch in der Freiheit genießen könne. Nicht wenige seien es, die bezweifelten, daß sie erst jetzt den wirklichen Wert des Lebens erfaßt hätten und die in der Anstalt erhaltenen Eindrücke und Hinweise für ihr ferneres Leben als richtunggebend erachteten. Längere Zeit verweilte dann der Redner bei den in Hamburg eingerichteten Fürsorgemaßnahmen. Die Fürsorge sei das wichtigste Gebiet. Man plane jetzt die Einrichtung einer Gefängnisgesellschaft, die sich aus allen Kreisen der Bedürf-

terung zusammensetze und in großzügiger Weise für die in die Freiheit übergehenden Gefangenen Arbeit und Unterkunft besorge. Nur wenn ein Entlassener sofort wieder an passender Stelle in den Produktionsprozeß eingestellt würde, könne man damit rechnen, daß er wieder ein nütziges Glied der menschlichen Gesellschaft werde. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden für seine vortrefflichen Ausführungen, die mit Ergriffenheit von den Zuhörern aufgenommen wurden.

In der Ansprache ließ Herr Pastor Straßer die Beforgnis durchblicken, ob nicht der religiöse Einfluß durch dieses System zu sehr in den Hintergrund gestellt würde. Herr Oberstaatsanwalt Pinau betonte, daß wohl in Hamburg diese modernen Einrichtungen sich ermöglichen ließen, hier in Lübeck aber wegen der Kleinheit des Staates und der Anstalt solches kaum zu verwirklichen sei. Auch er appellierte an die Öffentlichkeit, sich regen an der Fürsorge zu beteiligen.

Herr Strafanstaltswachmeister Blank dankte als Vertreter der Aufsichtsbeamten der Strafanstalt Lauerhof Herrn Direktor Koch für das vorzügliche Material, welches er den Beamten geboten habe und gab dann einige Hinweise auf die hiesigen Verhältnisse. Wenn auch in Lübeck die Einführung dieser neuzeitlichen Einrichtungen schwer möglich sei, so ließe sich doch ganz gut ein Ausweg dafür finden und das sei die Erweiterung des landwirtschaftlichen Betriebes, wozin viele gesunde und auch erzieherische Arbeit geleistet werden könne. Wir würden mit unserer jetzigen Landwirtschaft allerdings bald Schiffbruch erleiden, da durch Stehlung und Anlage von Kleingärten der Anstalt immer mehr Land zur Bewirtschaftung entzogen würde. Schon jetzt sei es an der Zeit, sich nach anderem Gelände umzusehen. In Frage käme hierfür in erster Linie das Gut Brandenbaum, welches geradezu für diese Zwecke zum Ankauf laide. Dann, welche in der Fürsorge energischer gearbeitet werden. Der Sprecher empfiehlt die Leitung der Fürsorge der Anstaltsleitung mit ihren Beamten zu übertragen und dann in der großen Öffentlichkeit für Mithilfe und Mitarbeiter zu werben. Nur die, durch persönlichen Umgang mit den Gefangenen vertrauten Beamten könnten richtig erfassen, wo und wie den Fürsorgebedürftigen geholfen werden müßte. Dann erwähnte er noch, daß der Leiter der hiesigen Anstalt, Herr Direktor Boy, mit vollem Verstand für das zu Lebende dafür Sorge, daß die Beamten nach jeder Richtung hin für ihren schweren und verantwortungsvollen Beruf geschult würden. Herr Oberinspektor Krieger unterrichtete das vom Oberstaatsanwalt Gesagte, während Herr Senator Mehlert als Hochgelehrter der Strafanstalt Lauerhof betonte, daß sich wohl die Veranlassung darüber einig sei, daß das Hamburger System auch für Lübeck richtunggebend sein müsse. In Lübeck wäre seit ungefähr einem Jahre das Stufenstufen eingeführt, das sich bis jetzt voll bewährt habe.

In seinem Schlusswort ging Herr Direktor Koch kurz auf die Ausführungen der verschiednen Sprecher ein. Befürchtungen des Herrn Pastors Straßer, betreffs Zurückdrängen der Religion seien unzutreffend. Das hohe Wert, durch richtige Arbeit, gute Musik, Theater und Vorträge, die Menschen dem Guten wieder zuführen, sei christliche Religion. Das Beste sei gerade auch für die Gefangenen gut. Nebenbei sei jedem, auch in Fußbüttel Gelegenheit gegeben, sich religiös zu betätigen. Die Schwierigkeiten betreffs Einrichtung moderner Werkstätten für die Gefangenen könne er sich gerade für Lübeck nicht so sehr groß vorstellen. Als er die Hamburger Anstalten 1918 übernommen habe, seien moderne Einrichtungen nicht vorhanden gewesen. Jetzt beständen bei einem Insassenbestand von rund $4\frac{1}{2}$ Tausend über hundert wohleingerichtete Werkstätten. Die Mittel hierfür habe er zum wenigsten vom Staate erhalten, sondern seien durch seine zahlreichen Gönner und Mitarbeiter, die er sich erworben habe, aufgebracht worden. Noch einmal wies der Redner darauf hin, daß mit dem alten System der Vergeltung und Abschreckung, wo es noch nicht aufgehoben sei, unbedingt gebrochen werden müsse und dafür das System der Erziehung und Fürsorge Platz zu greifen habe. Nur dann könne für die Zukunft gute Arbeit auf dem Gebiete des Strafvollzuges geleistet werden.

Bootsbau und -platz usw. Einige ausgehängte Tabellen geben dem Besucher Einblick über die Entwicklung und Tätigkeit des Vereins.

Beide Veranstaltungen sind bei freiem Eintritt offen für jedermann. Es ist zu erwarten, daß die Arbeit durch zahlreiche Besuch geföhrt wird. Ganz besonders sind die Arbeiter-Sportler sowie Arbeiter-Organisationen zu dieser Ausstellung eingeladen, damit diese an Hand des ausgestellten Materials einen kleinen Einblick in die Arbeiter-Wasserportbewegung erhalten.

Emil Blohm, 1. Vor.

Ergebnisse vom Sonntag: A-Klasse:

NSB Lübeck — Schwartau 2 : 0 (0 : 0), Edenverhältnis 6 : 3. Obige Mannschaften standen sich am Sonntag im Bezirksspiel gegenüber. Schwartau als Neuling in der A-Klasse führte sich gut ein. Es wurde von beiden Seiten ein flottes, scharfes Spiel durchgeführt in dem Schwartau zuerst ziemlich im Vorteil war. Sie verstanden die vielen Torgelegenheiten aber nicht auszunützen. NSB spielte zu sehr verhalten und verdanke die Punkte lediglich nur ihrer Hintermannschaft. Bei etwas mehr Spielerfahrung wird Schwartau noch als sehr ernster Gegner in der Serie zu betrachten sein. Der rechte Verteidiger ragte hervor, der Sturm spielte jedoch zu weich und verpaßte gänzlich das Schießen. Hervorzuheben wäre noch der Eifer, mit dem die Mannschaft von Anfang bis zum Ende spielte. Ein Unentschieden hätte dem Spielverlauf eher entsprochen.

FSB 1 — „Hertha“-Harburg 1 : 8 (0 : 6), Eden 2 : 3. Am letzten Sonntag beilte die erste Elf von FSB in Harburg und mußte sich von Hertha eine noch nie erhaltene Niederlage von 8 : 1 gefallen lassen. Sehr beschämend, aber durch das gänzliche Zerlegen des Mittelfelds, der Verteidigung und des Torwärters wurde etwas Hervorragendes geleistet, nämlich 4 Selbsttore. Halbzeit 6 : 0. Ein Beweis, daß die Hertha-Mannschaft spielt ist. FSB ließ sich trotzdem nicht entmutigen, sondern ging dazu über ihr Heiligtum zu verteidigen. (Unerkennb.) Hertha sendet noch zweimal ein. In den letzten 10 Minuten winkt auf eine Vorlage des Mittelfelds das Ehrentor und — es wird wirklich erreicht. Das Spiel selbst, welches von beiden Mannschaften die ganze Spielzeit über sehr scharf und offen durchgeführt wurde, hätte zugunsten von FSB ein anderes Resultat aufweisen müssen. Das Reizspiel wird hoffentlich anders enden.

B-Klasse:

NSB 2 — Travemünde 1 : 0 : 4. Gesellschaftsspiel. Bei Beginn des Spieles versuchte NSB, das Spiel für sich einzunehmen, welches ihr auch gelang. NSB gab bis zum Anfang gut durchgeführtes Vorstößen, welche jedoch leider von der Verteidigung Travemündes zurückgewiesen wurden, übernahm sodann Travemünde die Führung, welches sich durch das erste Tor ausprägte.

Vergebens versuchte NSB auszugleichen, mußte sich aber im weiteren Spielverlauf noch 3 weitere Tore gefallen lassen. S. S.

Jugend-Klasse:

Seereg 1 — Viktoria 1. Resultat und Bericht fehlt.

NSB 1 — Schwartau 1: 0 : 2 (0 : 1). Die Schwartauer Jünger als die technisch Besseren, haben das Spiel verdient gewonnen.

FSB 1 — FSB 2: 2 : 0 (2 : 0). Gesellschaftsspiel. Bedient gewonnen die Meisterschaftswärter über die sonst so gefährlichen FSBer. S. M.

Fußballvorjahr für den 1. Februar:

Das Auswahlspiel um 2.30 Uhr auf der Dornbreite wird viele Besucher heranziehen. Gilt es doch auch das Gesamtteam der besten Arbeiterfußballer Lübecks zu bewundern. Vor diesem Kampfe werden hart NSB 1. Jgd. — Rüdnitz 1. Jgd. ein Entscheidungsspiel austragen. Schiedsrichter wolle streng und gerecht seines Amtes!

Morgens 10 Uhr streiten in Rüdnitz NSB 2 — Rüdnitz 2 um die ersten Punkte in der C-Klasse.

In der Jugendklasse stehen sich auf dem Sportplatz Brandenbaum 10.30 NSB 1 — Moisling 1 gegenüber. Die kleinen Moislinger werden alles hergeben müssen um in der Tabelle wieder konform zu gehen.

Auf dem Sportplatz Dornbreite (Viktoria) sieht man um 1 Uhr FSB 1 — Viktoria 1 kämpfen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Lübeck. 30. 1.: Volkstanzabend. 1. 2.: Gleichendorf-Scharbeek. Trefften 7 Uhr am Bahnhof. Führer C. Schöning. 4. 2.: Heimabend, Johannisstraße 64, 1., 7.30 Uhr. 6. 2.: Uebungsabend der Volkstanzgruppe. S. W.

Wetterbericht der Deutschen Gewarrie.

Das gestern abend am westlichen Kanaleingang eingetroffene Teillief hat nunmehr die Gegend von Pommern erreicht. Nach anfänglicher Verstärkung ist es wieder im Abnehmen begriffen. Es hat auf seinem Wege Frankreich, West- und Mitteldeutschland bis nach Dänemark hinauf Regen, zum Teil auch Schnee, zugleich aber Erwärmung gebracht. Die ozeanische Luft führt heute abend die Elbe erreicht. Neue Ausläufer mit kräftigen Niederschlägen und Gewittern ziehen von England rasch heran. Zugleich wird das skandinavische Hoch durch Druckfall in der Höhe weiter abgebaut.

Vorhersage für den 29. und 30. Januar 1925. Etwas auffrischender Wind aus Südwest, dabei meist trüb und stellenweise Regen, Besserung der Sichtverhältnisse. Wärmere Temperaturen.

Dixin

Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch
und von ausgezeichneter
Waschwirkung.



LANDE

IN FRONT!

DIE FÜHRENDE ZIGARETTENMARKE

F. NEUMANN & FRED

Lande Lauenburg Gold, ohne flach **2**
die von allen bevorzugte

Großerwoog Großformat Gold und Kork belegt **3**
die Zigarette des verwöhnten Rauchers

Effendi Blaustempel, Gold, Kork, edelste Orient- **4**
tabake, ägyptisches Großformat

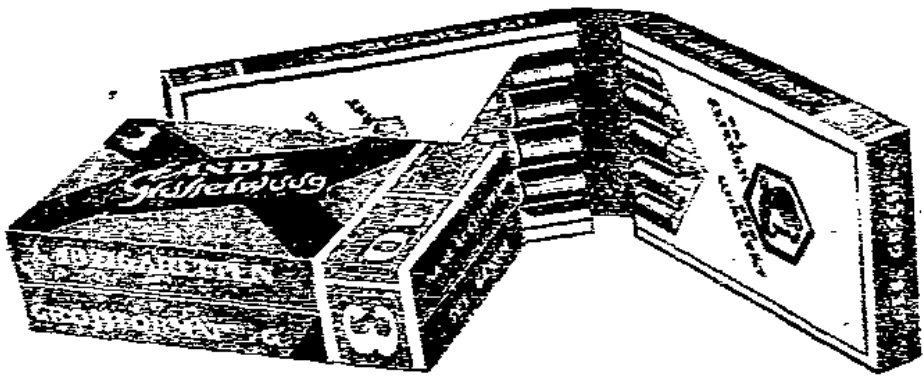
Lande Klasse das Ideal des Fein- **5**
ohne gleichen, richtig im Format schmeckers, gehaltvoll

Moktar gold und kork belegt, „Araberformat“ **5**
gern bevorzugt

Lande Privat Strohmundstück unübertrefflich von **10**
seltener Feinheit, die Zigarette des Genießers

Neueinführung!

Lande Preis 6 die Zigarette des Sportsmannes **Berlin-Wien 8** die deutsche Zigarette, goldbelegt.
jede in ihrer Art etwas Besonderes



Fabrik-Lager: Lübeck, Beckerggrube 58
Emanuel Wilke Fernsprecher 2292

Außerst billiges Angebot!

Kakao, gute Qualität Pfund 70,-
Kakao bei 5 Pfund Pfund 65,-
Koffein Pfund 80,-
Milchkaramellen Pfund 90,-
100 St. Vanille-Bischhofrolade 20,-
Milchschokolade Tafel 25,-

Lebensmittelede Hürstraße 96

Hut-Trost

Königl. 123, h. v. Wöhlerstr.
Meiner geehrten Damen-Kundenschaft
gebe ich hiermit bekannt, daß ich am hiesigen
Tage im Zweiggeschäft

Moisinger Allee 6a

unmittelbar beim Lindenplatz eröffnen.
Ich führe wie bisher nur gute und würdige
hochpreiswerte Ware. (1888)

Wie besonders günstig bitte ich an:

Blauwe Trenchcoats von 2.50 Mk. an

Sportmäntel von 1.50 Mk. an

Feine Mode-Hüte von 5.50 Mk. an

Auf alle Winterwaren 20% Rabatt.

Sonderbar Herrenartikel, Nähe in großer Auswahl.

Marga Trost

Blut- u. Grünkurst
Pfund 50 Pfg.
W. C. Koepcke

Ein Waggon
prima
Schotten-
heringe
eingetroffen

la Matjes
Stück 15,- 20,-
25,- 30,- 40,-

Galaheringe
Stück 6,- 7,- 8,-
10,- 15,-

H. H. Holtmann
Spezial-
Heringsgeschäft
Marktwiese 4
Februar 1896 (1888)

1000 Bfd. frische Schweinehälften Bfd. 50,-
da. frische Leber Bfd. 55,-
täglich frische Knackwurst Bfd. 70,-

O. Stöver Wahnstraße 22
Telephon 2133 (1881)

Trotz Steigen der Preise
bin ich noch in der Lage
billige Schuhwaren günstig
abzugeben. — Für die Konfirmation stelle
ich Schuhe bei wöchentlichen Zahlungen
zurück, damit das geehrte Publikum noch
günstig und billig kaufen kann.
Einige Beispiele:
Kleiner-Nachschuhe von Mk. 6.00 an
Kleiner-Nachschuhe, 2 Sprünge und Schmal von Mk. 12.00 an
Kleiner-Nachschuhe schwarz Leder, 1 Sprung von Mk. 8.00 an
Kleiner-Nachschuhe, braun Leder u. Schmal von Mk. 10.00 an
Kleiner-Nachschuhe d. braun von Mk. 14.50 an
Kleiner-Nachschuhe, schwarz Leder, 1 Sprung von Mk. 8.00 an
Kleiner-Nachschuhe, schwarz Leder, 1 Sprung von Mk. 9.75 an
Kleiner-Nachschuhe, schwarz Leder, 1 Sprung von Mk. 12.50 an

F. Lucht Huxstr. 59

Luisenlust
Freitag: Gr. Tanzkränzchen
Gäßchen 19 Goldsch., Lichtstr. 60, Kranzstr. 27, Kaiser schm. 15/30, herrliche Räume mit
Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldsch. (1891)

Angel-Sportverein „PETRI HEIL“ E.V.

Winter-Vergnügen

am Sonnabend, 31. Januar, im Gesellschaftshaus „Adlershorst“
Kassendöffnung 7 Uhr Anfang 7.30 Uhr
Herrenkarte 75 Pfg. Damenkarte 50 Pfg.
Gäste sind willkommen! Der Vorstand.

Vortragswesen d. Oberschulbehörde

Dier Vorträge von Dr. Fritz Endres über

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

1. Deutschland und Amerika vor dem Weltkriege. 2. Grundlagen und Ausgänge. 3. Befreiung u. Ausdehnung. 4. Der Beginn des Imperialismus.

Montag, d. 2., 9., 16. u. 23. Febr. 1925, abends 6 1/2 Uhr, in der Ernestinenschule

Preis für die Vortragsreihe:
Erwachsene M. 2.—, Schüler M. 1.—
Einzelvorträge 75 bzw. 50 Pfg.

Kartenverkauf bei Ernst Robert, Richard Duijow und an der Abendkasse
Lübeck, den 28. Januar 1925
Die Oberschulbehörde

Fledermaus

Nur noch 3 Tage

das sensationelle Programm mit
Wally Marely Zigeunerchor
12 Essmanns 3 Veleskos
? Nicita ? 1888

Biere u. Weine, Getränke aller Art
Kleine Preise

Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 7. Februar
Fledermaus-Maskenball
als Karneval in Nizza

Weißer Engel

Sonnabend, den 31. Januar:
Gr. Familien-Maskenball
Anfang 7 Uhr Maskenzug 8 Uhr (1887)
Hierzu ladet frdl. ein Georg Ketter

STÄDTISCHES ORCHESTER

Volkstümliches Konzert

Freitag, den 30. Januar
abends 1/2 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus

1895) Leitung:
Generalmusikdirektor: K. Mannstaedt

Solist:
Konzertmeister Karl Kunchat

Karten à 0.50 Mk im Gewerkschaftshaus
und den Verkaufsstellen: Zigarrenhandlungen Buse, Borchert (Breite Straße), Barnekow (Hüterdamm), und den
Warenausgabestellen des Konsumvereins

Voranzug Mekelbörger Pfandbüchsenverein

am Sonntag, den 1. Februar
Großer Maskenball in'n Kollokium
Kloß 8: Jung von Prinz Karneval immer de
Devis: „Bo'n Himmel hoch, da kam'n wi her“.
Bele Oberreichungen. De Kaff' wärd 1/2 ob-
maft. Kostüme sind in'n Lokal to hem'n.
1887) Der Vorstand.

Freier Theater-Verein von Göttersdorf u. Umg.

Theater und Sonntagsmädchen
Sonnabend, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
bei Herrn Diederichsen, Fackenburg.
Theater 50,- Tanz 30,-
Neuerrichtete Bühne! Gut geheizt!
Der Vorstand

Gimerbier

Jeden Freitag
von 4-6 Uhr
1407) Brauerei Willeke
sowie Arminstr. 21 a.
Travellmannstr. 21

J. H. Pein

Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kauf-
haus für (1878)
Arbeiter-Garderoben,
Berufskleidung,
Herren-Konfektion,
Knaben-Konfektion,
erstkl. Manufakturwaren.

Deutscher Metallarbeiter- Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Arbeitsgemeinschaft

Bersammlung

am Sonnabend,
d. 31. d. M., abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die statt-
gef. Lohnverhandlung
2. Wahl der Branchen-
leitung für die Bau-
klemmer. (1897)
Jeder muß kommen. —
Verbandsbüchse wird
vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Unwiderstehlich
letzte Tage
Donnerstag, 29. Januar
Groß-Kampfflag
Entscheidungs-Kampf
Leskinowicz
gegen Regien
Kernach singen eben' als
bis zur Entscheidung
Kisch geg. Van Riel
Um unter all. Umständen
eine entschei. herbe zu-
tritt nach je einer Szene
Kamp dauer Punktwerd.
ein u. ist der Sieger. U
n weit 10 Min d. höch-
Punktz erreicht hab. sollte
1.1.1) Varieté u. die
Ringkampf d.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 6.30 Uhr:
Tristan und Isolde
Freitag, 7.30 Uhr:
Lebensbilde
(In Anwesenheit des
Dichters) (1894)
9. Premierer Vorstellung
Sonnabend, 7.30 Uhr:
Cavalleria rusticana
und Bajazzo
Sonntag, 11 Uhr:
Generalprobe u.
5. Sinfonie-Konz.
2.30 Uhr:
La Traviata
7.30 Uhr:
Unsere kleine Frau
Einzahlung der Abon-
nementsbeiträge für das
Premieren-Abonnement
bis zum 30. d. Mts. und
für die Sinfonie-Konzerte
und Proben vom 29. bis
31. d. Mts. während der
Kassenstunden